



Gewalterfahrungen von Kindern und Jugendlichen

**ERGEBNISSE VON SCHÜLERBEFRAGUNGEN IM JAHR 2005
UND MÖGLICHKEITEN ERFOLG VERSPRECHENDER PRÄVENTION**

Eine Handreichung für Kommunalverantwortliche,
Schule und Polizei



KRIMINOLOGISCHES
FORSCHUNGSINSTITUT
NIEDERSACHSEN E.V.

**Wir wollen,
dass Sie
sicher leben.**



Ihre Polizei

www.polizei-beratung.de

Inhalt

Einleitung	4
-------------------	----------

Teil 1 Ergebnisse der Schülerbefragungen 5

1. Untersuchungsziele und Datengrundlage	5
2. Verbreitung von Gewalterfahrungen	6
2.1 Jugendliche als Opfer von Gewalttaten	6
2.2 Jugendliche als Beobachter von Partnergewalt	8
2.3 Jugendliche als Gewalttäter	9
3. Entwicklung der Jugendgewalt	11
3.1 Das Bild der Polizeilichen Kriminalstatistik	11
3.2 Das Bild auf Basis von Dunkelfelderhebungen	12
4. Einfluss der Familie	14
4.1 Erziehungsstil und soziale Situation der Familie	14
4.2 Die soziale Situation von Migranten	15
4.3 Die Folgen innerfamiliärer Gewalterfahrungen	16
5. Einfluss der Schule	17
5.1 Schulkultur und Schulorganisation	17
5.2 Schulschwänzen	18
6. Einfluss der Freunde und Gleichaltrigen	19
7. Einfluss des Medienkonsums	20
8. Einfluss von Männlichkeitsnormen	22
9. Einfluss des Alkohol- und Drogenkonsums	23
10. Zusammenfassende Betrachtung	24

TEIL 2 Folgerungen für die Prävention von Jugendgewalt 26

1. Zum Bedarf an gewaltpräventiven Maßnahmen	26
2. Grundprinzipien der Entwicklung wirksamer Präventionsansätze	27
3. Vorrangige Zielgruppen der Prävention	30
4. Unterstützung von Familien aus schwierigen Lebensverhältnissen oder mit problematischem Erziehungsverhalten	31
4.1 Programme während der Schwangerschafts- und der frühkindlichen Entwicklungsphase	31
4.2 Elternbildungsprogramme	33
4.3 Mentoren- und Patenschaftsprogramme	34

5. Prävention im Bereich Kindergarten und Schule	35
5.1 Vorschulische Förderung von Kindern	36
5.2 Mediations- bzw. Streitschlichterprogramme an Schulen	37
5.3 Schulprogramme zur Förderung sozialer Kompetenzen	38
5.4 Programme zur Verbesserung des Schulklimas und der Durchsetzung von Regeln und Ordnungen	39
5.5 Programme zur Koordinierung und Vernetzung von Präventionsangeboten	40
5.6 Programme zur Vermeidung von Schulabsentismus	42
6. Prävention bei jungen Menschen mit Migrationshintergrund	43
6.1 Förderung der Integration in Kindergärten	44
6.2 Elternbildung für Migranten	44
7. Prävention in Bezug auf sozialräumliches Umfeld und nachbarschaftliche Entwicklung	45
7.1 Programme zur Förderung der nachbarschaftlichen Entwicklung	45
7.2 Strukturierte Freizeit- und Betreuungsangebote	47
7.3 Gemeinwesenorientierte Polizeiarbeit	47
8. Intervention bei jugendlichen Mehrfachtätern	49
8.1 Trainingsprogramme für delinquente Jugendliche	49
8.2 Programme zur Suchtbehandlung/-prävention	50
8.3 Abgestimmte Intervention von Polizei, Staatsanwaltschaft und Jugendhilfe	51
TEIL 3 Weiterführende Informationen	52
1. Kontakte zu Informations-, Beratungs- und Hilfeangeboten	52
2. Informationen zur Schülerbefragung des KFN	53
3. Das Medienangebot des Programms Polizeiliche Kriminalprävention der Länder und des Bundes zur Gewaltprävention	54
Impressum	55

Einleitung

Das Ausmaß der Jugendgewalt ist ein Gradmesser für Lebenschancen junger Menschen in der Gesellschaft.

Die Verhinderung und Eindämmung von Gewalt, insbesondere von Jugendgewalt, ist als wichtiges gesellschaftliches Anliegen allgemein anerkannt. Dies betrifft zum einen die Problematik, dass Kinder und Jugendliche Opfer von Gewalt werden können, und zum anderen, dass sie mitunter – meist gegenüber Altersgenossen – selbst Gewalttätigkeiten verüben. Die eine wie die andere Form der Erfahrung mit Gewalt kann sich belastend auf die weitere soziale Entwicklung der Betroffenen auswirken. Entwicklungen im Bereich der Jugendgewalt sind nicht zuletzt auch deshalb von gesellschaftlichem Interesse, weil sie ein Gradmesser für die Lebenschancen oder auch die Perspektivlosigkeit junger Menschen sein können und damit für mögliche Schwierigkeiten, Teile der nachwachsenden Generation erfolgreich in die Gesellschaft zu integrieren.

Weichenstellungen für gewalttätiges Verhalten erfolgen meist schon sehr früh im Leben.

Wissenschaftlich unbestritten ist, dass die Weichenstellungen für gewalttätiges und delinquentes Verhalten lebensgeschichtlich meist schon sehr früh erfolgen. Es erscheint deshalb zweckmäßig, die Lebensphasen der Kindheit und Jugend im Hinblick auf Einflussfaktoren gewalttätigen Handelns genauer zu untersuchen, um daraus zielgerichtete Präventionsansätze entwickeln zu können.

Die vorliegende Broschüre greift diesen Ansatz auf: Sie beschreibt im ersten Teil zunächst aktuelle Befunde zur Entwicklung der Gewalt bei jungen Menschen sowie zu Einflussfaktoren, die hier eine wesentliche Rolle spielen. Die Befunde stützen sich auf eine Studie des Kriminologischen Forschungsinstituts Niedersachsen (KFN), die im Jahr 2005 in Zusammenarbeit mit zahlreichen Städten bzw. Landkreisen sowie weiteren Förderern sozialwissenschaftlicher Forschung durchgeführt worden ist. Im zweiten Teil der Broschüre wird das Augenmerk darauf gerichtet, aus den Untersuchungsergebnissen einzelne Problembereiche abzuleiten, die einen besonderen Handlungsbedarf signalisieren und sich insofern als Schwerpunkte der Prävention im Bereich der Jugendgewalt anbieten. Für diese Problembereiche sollen Erfolg versprechende Handlungsansätze der Präventionsarbeit beschrieben und beispielhaft dazu einzelne Programme bzw. Projekte dargestellt werden.

Die Ausführungen in der Broschüre können für all jene Institutionen und Berufsgruppen hilfreich sein, die direkt oder indirekt mit Kinder- und Jugendgewalt und ihren Folgen konfrontiert sind, etwa die Kommunen, die freien Träger der Jugendhilfe, die Schulen, Kindertageseinrichtungen und die Polizei. Um deren Arbeit mit praxisrelevanten Informationen zu unterstützen, fördert das Programm Polizeiliche Kriminalprävention der Länder und des Bundes (ProPK) die Herausgabe der vorliegenden Broschüre.

Teil 1: Ergebnisse der Schülerbefragungen

1. Untersuchungsziele und Datengrundlage

Da nur ein Teil der von Jugendlichen begangenen Gewalttaten bei der Polizei angezeigt wird und damit in das so genannte Hellfeld der Kriminalität gelangt, werden seit 1998 von Prof. Dr. Christian Pfeiffer (Kriminologisches Forschungsinstitut Niedersachsen) und Prof. Dr. Peter Wetzels (Universität Hamburg) wiederholt Schülerbefragungen in ausgewählten Städten und Landkreisen Deutschlands durchgeführt. Sie sollen, zuletzt für das Jahr 2005, ein für die einbezogenen Gebiete repräsentatives Bild zur Jugendgewalt liefern, das Informationen zu Struktur und Ausmaß auch der im Dunkelfeld verbleibenden Gewaltdelikte enthält.

Die Schülerbefragungen sollen außerdem Erkenntnisse zur Verbreitung und zu den Ursachen delinquenten und gewalttätigen Verhaltens sowie zum Konsum von legalen und illegalen Drogen bei Kindern und Jugendlichen erbringen. Darüber hinaus wird die Bedeutung des Schulschwänzens und des Medienkonsums (Fernsehen und Computerspiele) für die schulische und soziale Entwicklung junger Menschen untersucht. Ein besonderes Augenmerk legt die Studie dabei auf die Lebenssituation von jungen Menschen nichtdeutscher Herkunft.

Im Jahr 2005 wurden insgesamt 19.830 Schülerinnen und Schüler aus den alten Bundesländern schriftlich mittels eines Fragebogens befragt: 5.529 Grundschulkinder der 4. Jahrgangsstufe sowie 14.301 Jugendliche der 9. Jahrgangsstufe. Sie kommen aus allen Schulformen in öffentlicher bzw. freier Trägerschaft mit Ausnahme der Förderschulen sowie dem Berufsvorbereitungsjahr. Etwa ein Drittel der befragten Schülerinnen und Schüler ist nichtdeutscher Herkunft.

Es liegen Antworten von 19.830 Schülerinnen und Schülern aus den alten Bundesländern vor.

Die Untersuchung fand während des Schulunterrichts in den Städten Dortmund, Kassel, Lehrte, München, Oldenburg, Schwäbisch Gmünd und Stuttgart statt. Zusätzlich wurden die beiden Landkreise Peine und Soltau-Fallingb. sowie die beiden Gemeinden Belm und Wallenhorst einbezogen. Durch die Teilnahme der drei süddeutschen Städte Schwäbisch Gmünd, Stuttgart und München, die bereits 1998 bzw. 2000 (nur München) an der Untersuchung mitgewirkt haben, ist es möglich, die Entwicklung der Jugendgewalt über einen Zeitraum von mehreren Jahren zu analysieren.

2. Verbreitung von Gewalterfahrungen

2.1 Jugendliche als Opfer von Gewalttaten

Fast jeder fünfte Jugendliche wurde innerhalb der letzten 12 Monate Opfer einer Gewalttat.

Fast jeder fünfte Jugendliche (18,9 %) gab an, in den letzten 12 Monaten Opfer einer Gewalttat geworden zu sein. Bezogen auf die gesamte bisherige Lebenszeit sind es sogar doppelt so viele Jugendliche (38,9 %), die mindestens einmal eine Gewalttat erlitten haben. Bei 3,1 % aller Gewalttaten war die Verletzung derart gravierend, dass eine stationäre Behandlung mit längerem Klinikaufenthalt nötig geworden ist. Bei immerhin einem Fünftel aller Übergriffe führten der oder die Täter eine Waffe mit (z. B. Messer, Schlagstock, Schlagring). Ein Fünftel der Jugendlichen, die in den letzten 12 Monaten Opfer von Gewalt wurden, berichtete davon, dass er/sie diese Situationen bereits fünfmal oder noch häufiger erleben musste.

Wie Abbildung 1 zeigt, haben männliche Jugendliche ein deutlich höheres Opferisiko als weibliche Jugendliche (mit Ausnahme von sexueller Gewalt). Zudem werden Hauptschüler mit 24,8 % viel häufiger durch Raub, Erpressung, sexuelle Gewalt oder Körperverletzung in Mitleidenschaft gezogen als etwa Gymnasiasten (13,0 %).

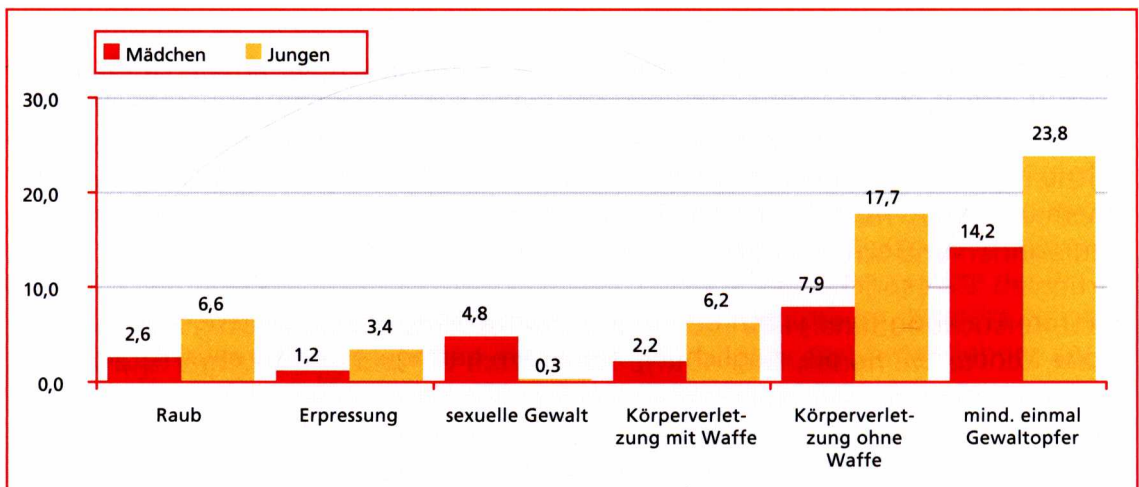


Abbildung 1: Anteil Gewaltopfer im Jahr vor der Befragung nach Delikt und Geschlecht (9. Jahrgangsstufe, in %)

Auf den Bereich der Schule bezogen, berichten 18,2 % der Jugendlichen, im zurückliegenden Schulhalbjahr geschlagen oder getreten worden zu sein. Opfer von Bedrohungen mit Waffen wurden 1,5 %. In der Grundschule kommt es sogar noch häufiger zu Gewalterfahrungen: Jedes fünfte Kind der vierten Grundschulklasse (21,5 %) gibt an, in den vier Wochen vor der Befragung von anderen Schülern geschlagen worden zu sein.

Erfahrungen von erlittener Gewalt beginnen lebensgeschichtlich meist schon in einem frühen Alter und im familiären Rahmen. So waren immerhin zwei von fünf Jugendlichen in der Kindheit Gewalttätigkeiten durch Familienmitglieder ausgesetzt. Die häufigste Form elterlicher Übergriffe sind dabei leichte Züchtigungen. Damit sind Ohrfeigen oder hartes Anpacken gemeint. Immerhin 20,8 % der Schülerinnen und Schüler wurden aber auch schwer gezüchtigt (häufiges Erleben von z. B. Ohrfeigen und grobem Anpacken) oder sogar misshandelt (mit der Faust geschlagen, geprügelt).

Zwei von fünf Jugendlichen erleben Gewalt durch die Eltern.

Das Risiko, Opfer innerfamiliärer Gewalt zu werden, unterscheidet sich dabei nicht zuletzt nach ethnischer Zugehörigkeit bzw. kulturellem Hintergrund: Während beispielsweise deutsche Jugendliche zu 17,0 % schwere Formen elterlicher Gewalt in der Kindheit erleiden mussten, sind es etwa bei italienischen Jugendlichen 30,7 %, bei türkischen Jugendlichen 29,8 %, bei (ex-) jugoslawischen Jugendlichen 27,9 % und bei russischen Jugendlichen 25,4 %¹. Nicht in allen Gemeinden bzw. Gebieten fallen die ethnischen Unterschiede dabei gleich aus. Vielmehr zeigt sich als Tendenz, dass je kleiner die Gemeinschaft einer nichtdeutschen Gruppe in einem Gebiet ist, desto eher entspricht ihr Erziehungsverhalten dem deutscher Eltern. In Großstädten etwa, in denen die türkischen Migranten einen substantiellen Anteil der Gesamtbevölkerung stellen, liegt die innerfamiliäre Gewaltquote dieser Gruppe etwa doppelt so hoch wie die Gewaltquote der Deutschen. In kleineren Städten dagegen mit einem unterdurchschnittlichen Anteil türkischer Migranten an der Gesamtbevölkerung weicht die Gewaltquote nicht mehr signifikant von der in der deutschen Bevölkerung ab. Dies spricht für die Annahme, dass kleinere ethnische Minderheiten sich in ihrem Erziehungsverhalten eher der Zuwandergesellschaft annähern als relativ große Minderheiten, die möglicherweise einem geringeren kulturellen Anpassungsdruck unterliegen.

Innerfamiliäre Gewalt wird durch ethnischen bzw. kulturellen Hintergrund beeinflusst.

¹ Die ethnische Herkunft eines Befragten wurde auf Basis der Angaben zur Staatsangehörigkeit der Eltern bei deren Geburt bestimmt. War mindestens ein Elternteil türkischer Nationalität, dann wird ein Befragter als Jugendlicher türkischer Herkunft geführt. Gleiches gilt für die als russisch bezeichneten Jugendlichen, wobei zusätzlich Angaben über einen Aussiedlerhintergrund erfasst wurden. Etwa drei Viertel der hier als russisch bezeichneten Jugendlichen sind nach 1993 nach Deutschland gekommen, d. h. es handelt sich meist um Spätaussiedler, die deutsche Staatsangehörige sind.

2.2 Jugendliche als Beobachter von Partnergewalt

Jeder vierte türkische Befragte war Augenzeuge, wie sich die Eltern geschlagen haben.

Junge Menschen sind von Gewalt in der Familie aber nicht nur unmittelbar betroffen, insofern gegen sie direkt und persönlich Gewalttätigkeiten ausgeübt werden. Vielmehr sind sie oftmals auch durch das Erleben familialer Gewalt als Augenzeuge erheblich in Mitleidenschaft gezogen. So musste nach eigenem Bekunden jeder zehnte Jugendliche im zurückliegenden Jahr mit ansehen, wie sich seine Eltern Gewalt angetan haben (mit der Hand/Faust geschlagen, mit dem Fuß getreten). Ungefähr die Hälfte dieser Jugendlichen berichtete, dass sie solche Vorfälle öfter erlebt haben. Vor allem die türkischen Befragten heben sich gegenüber anderen Gruppen ab: Jeder Vierte war hier Augenzeuge, wie sich die Eltern geschlagen haben. Auch bei Jugendlichen aus dem ehemaligen Jugoslawien ist die Beobachtung von Partnergewalt überdurchschnittlich stark verbreitet (siehe Abbildung 2).

Der hohe Anteil türkischer Jugendlicher, die Gewalt zwischen ihren Eltern erlebt haben, beschränkt sich nicht auf Gebiete mit relativ hohem Anteil türkischer Migranten. Anders als bei Gewalt gegen Kinder scheint bei Gewalt zwischen den Eltern der Umstand, zu einer lokal eher kleineren Minderheit zu gehören, keine Bedeutung zu haben. In allen untersuchten Gebieten berichten türkische Jugendliche signifikant häufiger als deutsche Jugendliche, dass zwischen den Eltern Gewalttätigkeiten stattfanden.

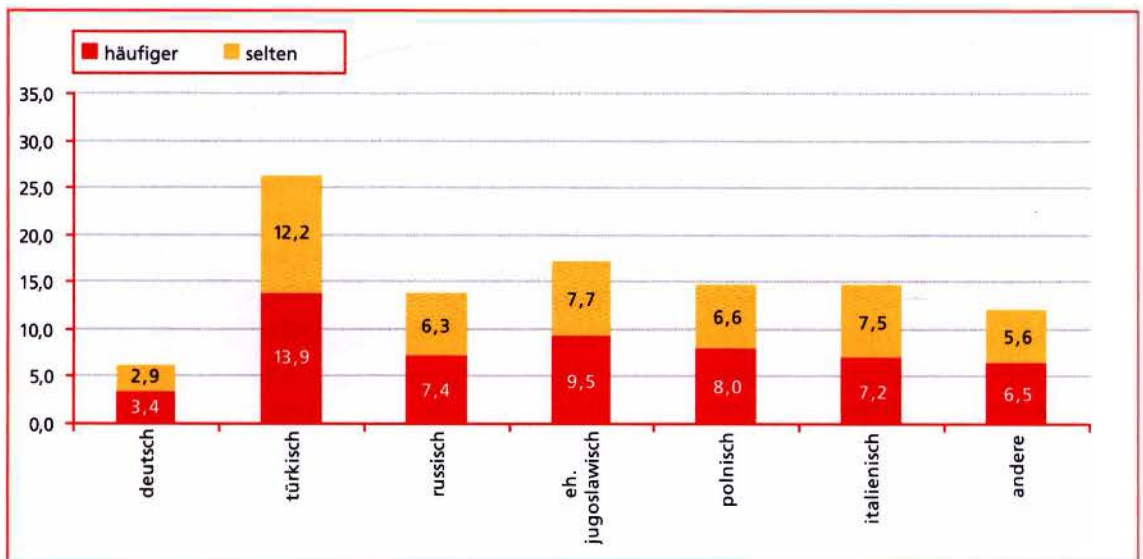


Abbildung 2: Beobachtung elterlicher Partnergewalt nach ethnischer Herkunft (9. Jahrgangsstufe, in %)

Die Beobachtung von Partnergewalt kommt in jenen Familien häufiger vor, in denen die Kinder auch in der Kindheit bzw. in den letzten zwölf Monaten gezüchtigt oder misshandelt wurden; d. h. also, Eltern, die sich gegenseitig Gewalt antun, werden auch häufiger gegenüber ihren Kindern gewalttätig.

2.3 Jugendliche als Gewalttäter

Ungefähr jeder sechste Jugendliche (16,9 %) gab an, im vergangenen Jahr (mindestens) eine Gewalttätigkeit verübt zu haben. Am weitesten häufigsten wurden hier Körperverletzungen genannt. Etwa zwei Fünftel aller Gewaltdelikte werden dabei aus Gruppen mit mehreren Tätern heraus begangen. Ein kleiner Teil der Jugendlichen (3,9 %) trat mit fünf oder mehr Gewaltdelikten innerhalb eines Jahres auffallend oft in Erscheinung.

Jeder sechste Jugendliche beging innerhalb des letzten Jahres mindestens eine Gewalttat.

Bei den Jungen ist der Anteil der Gewalttäter mit 25,1 % deutlich größer als bei den Mädchen (8,9 %) und unter Hauptschülern fast dreimal so hoch wie unter Jugendlichen in Gymnasien und Waldorfschulen (siehe Abbildung 3). Mit Blick auf die Mehrfachtäter von Gewalt sind diese Unterschiede sogar noch stärker ausgeprägt.

Jungen verüben deutlich mehr Gewalttaten als Mädchen.

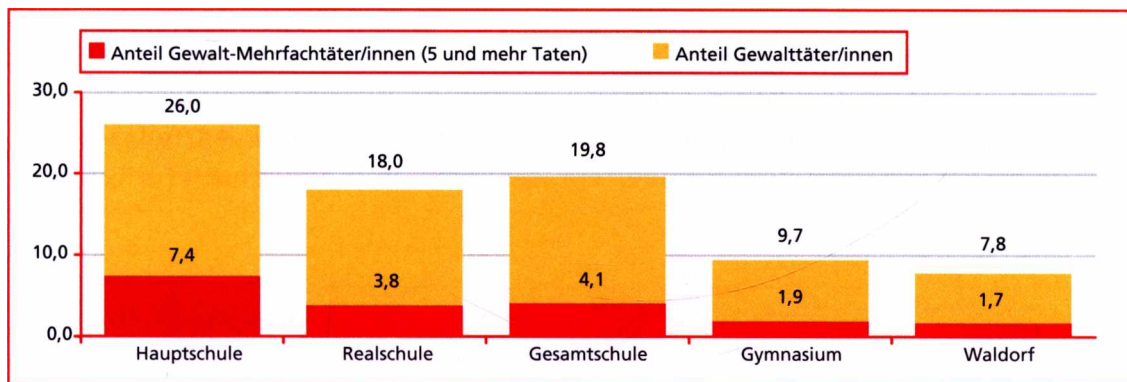


Abbildung 3: Anteil Gewalttäter/innen nach Schulform (9. Jahrgangsstufe, in %)

Ebenfalls deutliche Unterschiede im Gewaltverhalten zeigen sich bei der Differenzierung nach ethnischen Gruppen (Abbildung 4). So findet sich unter deutschen Jugendlichen ein wesentlich geringerer Anteil an Gewalttätern als unter nicht-deutschen Jugendlichen. Dabei weisen bei den Jungen türkische Jugendliche und bei den Mädchen Schülerinnen aus Ländern des früheren Jugoslawien die höchste Gewaltbelastung auf.

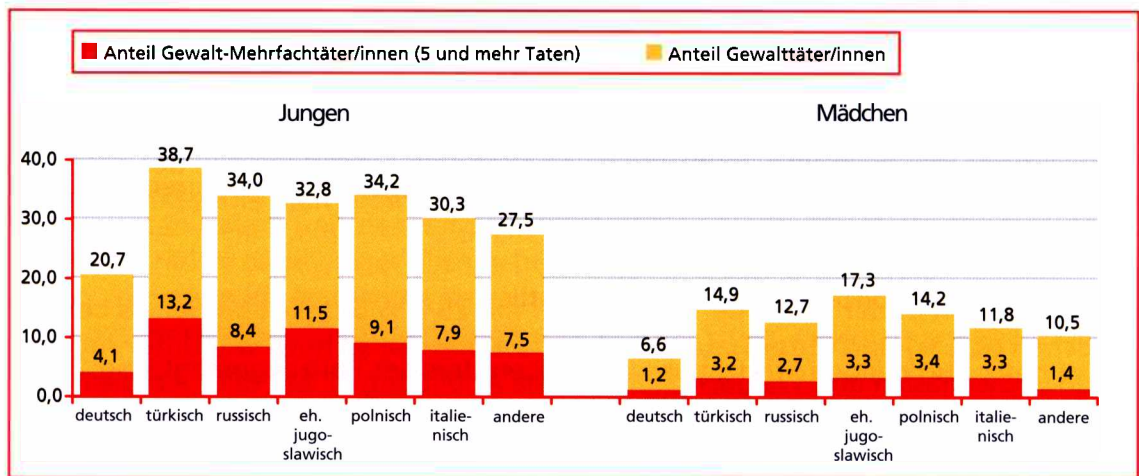


Abbildung 4: Anteil Gewalttäter/innen nach ethnischer Herkunft (9. Jahrgangsstufe, in %)

Insgesamt sind also unter den Gewalttätern wie unter den Gewaltopfern männliche Personen, Jugendliche mit unterprivilegiertem Bildungsniveau und Schüler/innen nichtdeutscher Herkunft deutlich überrepräsentiert. Gleiches gilt auch für Gewalttäter im schulischen Bereich.

3. Entwicklung der Jugendgewalt

Zur Entwicklung der Jugendgewalt in den vergangenen Jahren gibt es teilweise unterschiedliche Befunde – je nachdem, ob Daten der Polizeilichen Kriminalstatistik (PKS) oder Ergebnisse von Dunkelfelduntersuchungen herangezogen werden.

3.1 Das Bild der Polizeilichen Kriminalstatistik

Im Hellfeld, also bei den Straftaten, die zur Kenntnis der Polizei gelangt sind, lässt sich für die letzten 20 Jahre ein deutlicher Anstieg in nahezu allen Altersgruppen, insbesondere aber bei Jugendlichen (14- bis 18-Jährige) und Heranwachsenden (18- bis 21-Jährige) feststellen. Abbildung 5 zeigt, wie viele Personen pro 100.000 der entsprechenden Altersgruppe von der Polizei als Tatverdächtige im Bereich der Gewaltkriminalität registriert wurden.

Im Hellfeld gibt es einen starken Anstieg der Jugendgewalt.

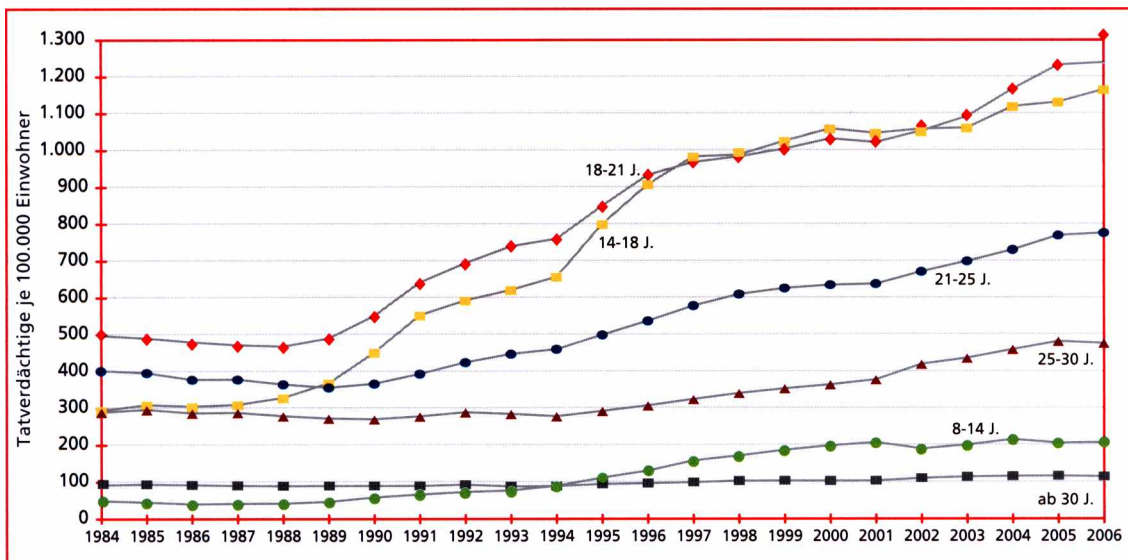


Abbildung 5: Entwicklung der Tatverdächtigenbelastungszahlen der Gewaltkriminalität in der Bundesrepublik Deutschland nach Altersgruppen, 1984 bis 2006 (deutsche Wohnbevölkerung)

Vor allem für Körperverletzungen, die den Großteil der Jugendgewalt ausmachen, ist ein deutlicher Zuwachs in der Polizeilichen Kriminalstatistik zu verzeichnen. Es gibt aber auch gegenläufige Trends: So gehen die Zahlen für Raubtaten und Tötungsdelikte seit Mitte der 1990er-Jahre kontinuierlich zurück.

1

Entwicklung der Jugendgewalt

Im Dunkelfeld sinkt die Zahl der Gewaltdelikte.

3.2 Das Bild auf Basis von Dunkelfelderhebungen

Deutlich anders stellt sich die Entwicklung der Jugendgewalt jedoch im Dunkelfeld dar, wie es in den wiederholt durchgeführten Schülerbefragungen erhoben worden ist. So lässt sich für die Städte Stuttgart, München und Schwäbisch Gmünd feststellen, dass die Gewaltbelastung bei den Jugendlichen eher abgenommen hat. Der Anteil der Jugendlichen, die im letzten Jahr eine Gewalttat begangen haben, ist in allen drei Städten gesunken (siehe Abbildung 6). Auch die Quote der Mehrfach-Gewalttäter ging von insgesamt 5,9 % im Jahr 1998 auf 4,6 % im Jahr 2005 zurück. Dies ist jedoch keine generelle Tendenz, denn bei türkischen Schüler/innen ist die Quote der Mehrfachtäter gleich geblieben und bei osteuropäischen Schüler/innen hat sie sich sogar geringfügig erhöht.

Stadt	Kategorie	1998 (%)	2005 (%)
Schwäbisch Gmünd	Gewaltopfer	23,6	19,8
	Gewalttäter	24,9	16,0
Stuttgart	Gewaltopfer	20,2	17,4
	Gewalttäter	21,1	17,3
München	Gewaltopfer	18,5	19,0
	Gewalttäter	19,1	18,1

Abbildung 6: Entwicklung der Anteile an Jugendlichen, die mindestens eine Gewalttat erlitten bzw. begangen haben, nach Erhebungsgebiet und Erhebungsjahr (9. Jahrgangsstufe, in %)

12

Die Anzeigebereitschaft ist heute höher als früher.

Der entscheidende Grund dafür, dass die Ergebnisse der Dunkelfelduntersuchung von der Polizeilichen Kriminalstatistik abweichen, liegt darin, dass sich die Anzeigebereitschaft erhöht hat. Statt 18 % werden mittlerweile 21 % aller an Jugendlichen verübten Gewalttaten in den drei untersuchten Städten angezeigt. Die Polizei bekommt also häufiger Kenntnis, wenn es zu Gewaltdelikten kommt, was sich in ihrer Statistik entsprechend als Zuwachs niederschlägt, obwohl die Häufigkeit der Straftaten abnimmt.

Die Ursachen der gestiegenen Anzeigebereitschaft sind vielfältig: Ein entscheidender Grund liegt dabei in der zunehmenden gesellschaftlichen Sensibilisierung gegenüber der Gewaltproblematik, d. h. Gewalt wird seltener als Normalität im Alltag von Kindern und Jugendlichen hingenommen. Auch Vorfälle, die keinen oder nur einen leichten körperlichen bzw. finanziellen Schaden zur Folge haben, werden in verstärktem Maße der Polizei gemeldet. Darüber hinaus haben wegen des gewachsenen Anteils nichtdeutscher Jugendlicher in der Schülerschaft auch die Gewaltvorfälle zwischen Jugendlichen verschiedener ethnischer Herkunft zugenommen. Solche Vorfälle werden öfter angezeigt, weil u. a. die sprachlichen Kompetenzen der Beteiligten für eine informelle, persönlich-direkte Konfliktbearbeitung nicht ausreichen und daher nur die formelle Regulierung über eine Anzeige verbleibt. Schließlich hat sich auch die Zusammenarbeit von Polizei und Schule verbessert, was dazu geführt hat, dass die Schulleitungen häufiger Gewalt im schulischen Bereich der Polizei mitteilen.

Auch wenn die Zunahme der Anzeigebereitschaft durchaus als Erfolg der Prävention gewertet werden kann, bleiben gleichwohl verschiedene Problembereiche bestehen, die weiterhin wichtige Aufgabenfelder der Gewaltprävention darstellen. Sie sollen im Folgenden identifiziert und genauer beschrieben werden.

4. Einfluss der Familie

Bei der Frage nach den Ursachen und Einflussfaktoren von Gewalt, aber auch von anderen delinquenten Verhaltensweisen, kann die Bedeutung der Familie gar nicht überschätzt werden. Die familiäre Situation, z. B. die Erziehung, die ökonomische Lage oder der kulturelle Hintergrund, sind für die persönliche Entwicklung und die Lebenschancen junger Menschen von zentraler Bedeutung.

4.1 Erziehungsstil und soziale Situation der Familie

Mehr Zuwendung und Kontrolle der Eltern führen zu weniger Gewalttaten durch die Kinder.

Der autoritative Erziehungsstil gilt als derjenige, der zu den wenigsten Verhaltensauffälligkeiten der Kinder führt. Autoritativ bedeutet, dass die Eltern dem Kind emotionale Zuwendung entgegenbringen, zugleich dem Verhalten aber frühzeitig, konsequent und begründet Grenzen setzen. Autoritär erziehende Eltern dagegen überbetonen die Kontrolle und vernachlässigen die Zuwendung; bei permissiven Eltern ist es genau umgekehrt. „Unbeteiligte“ Eltern wiederum kümmern sich weder um Zuwendung noch um Kontrolle. Problematisch sind besonders die beiden letztgenannten Erziehungsstile: So hat jeder Fünfte unter den permissiv erzogenen Jugendliche und sogar jeder Vierte bei den unbeteiligt erzogenen Jugendlichen in den letzten zwölf Monaten mindestens eine Gewalttat begangen. Dagegen trifft dies bei den autoritativ erzogenen Jugendlichen nur auf jeden achten zu.

Die soziale Situation der Familie spielt ebenfalls eine gewisse Rolle. Kinder aus von Armut betroffenen Elternhäusern sowie Kinder, deren Eltern einen niedrigen Bildungsabschluss aufweisen, begehen mehr Gewalttaten und fehlen häufiger unentschuldig in der Schule. Der Zusammenhang scheint aber eher indirekt zu sein, insofern Armut zu einem Anwachsen der innerfamiliären Konflikte führen kann und dadurch dann auch das Ausmaß an Gewalt in der Erziehung zunimmt.

4.2 Die soziale Situation von Migranten

Unterschiede in der sozioökonomischen Lage sind relativ eng mit der ethnischen Zugehörigkeit verknüpft (siehe Tabelle 7). Nur 8,1 % der deutschen Jugendlichen leben in einer von Arbeitslosigkeit bzw. Sozialhilfebezug betroffenen Familie, bei den türkischen und russischen Jugendlichen ist der Anteil dagegen dreimal so hoch. Die Benachteiligung zeigt sich auch im Ausmaß des Bildungserfolgs. So besuchen zwei von fünf deutschen Jugendlichen ein Gymnasium, bei den türkischen Jugendlichen ist es nur einer von zehn. Auch im Vergleich der verschiedenen nichtdeutschen ethnischen Gruppen bestehen deutliche Unterschiede. So scheinen polnische Jugendliche vergleichsweise gut integriert, wohingegen türkische oder exjugoslawische Jugendliche eher am anderen Ende des Spektrums liegen.

Nichtdeutsche Jugendliche sind sozial und schulisch benachteiligt. Es gibt aber große Unterschiede zwischen den Migrantengruppen.

	Arbeitslosigkeit/ Sozialhilfebezug %	Geringe Bildung der Eltern %	Kein eigenes Zimmer %	Schulbesuch			
				HS	RS/IHR	GES	GYM/WS
deutsch	8,1	14,8	5,6	14,3	30,5	13,8	41,5
türkisch	23,0	63,6	46,4	42,9	25,9	19,4	11,8
russisch	29,1	8,9	19,2	27,7	28,8	20,3	23,3
eh. jugoslawisch	15,7	31,2	33,9	46,3	24,8	8,4	20,5
polnisch	11,6	9,1	16,0	17,6	33,6	18,6	30,2
italienisch	13,6	44,6	30,0	40,5	30,7	8,7	20,1
andere	16,6	17,8	22,8	24,2	25,6	14,5	35,6
Gesamt	12,0	20,0	14,0	20,9	29,3	14,6	35,3

HS = Hauptschule, RS/IHR = Realschule/Integrierte Haupt- und Realschule,
GES = Gesamtschule, GYM/WS = Gymnasium/Waldorfschule

Tabelle 7: Indikatoren des sozioökonomischen Status nach ethnischer Herkunft (9. Jahrgangsstufe)

Eltern sind Vorbilder für Kinder, wie mit Konfliktsituationen umgegangen wird.

4.3 Die Folgen innerfamiliärer Gewalterfahrungen

Kinder und Jugendliche, denen Gewalt im Elternhaus angetan wurde, zeigen ein weit überdurchschnittliches Risiko, selbst zu schlagen, die Schule zu schwänzen oder Drogen zu konsumieren. So gehören unter den Schülern, die keine Gewalterfahrungen in der Kindheit aufweisen, lediglich 3 % zu den Gewalt-Mehrfachtätern, bei den häufig misshandelten Jugendlichen sind es dagegen 13 %. Dieses um mehr als das Vierfache erhöhte Risiko lässt sich damit erklären, dass Eltern für ihre Kinder Vorbilder dafür sind, wie mit Konfliktsituationen umgegangen wird. Wenn Eltern innerhalb der Familie Gewalt anwenden, kann den Kindern der Eindruck vermittelt werden, dass dieses Verhalten eine normale und legitime Form der Lösung zwischenmenschlicher Probleme sei. Je mehr junge Menschen solche Gewalterfahrungen (insbesondere auch als Opfer) gemacht haben, umso mehr gehen deren Konfliktlösungskompetenzen zurück; es verfestigen sich bei ihnen sowohl Gewalt befürwortende Einstellungen als auch entsprechende Persönlichkeitsmerkmale (siehe Abbildung 8).

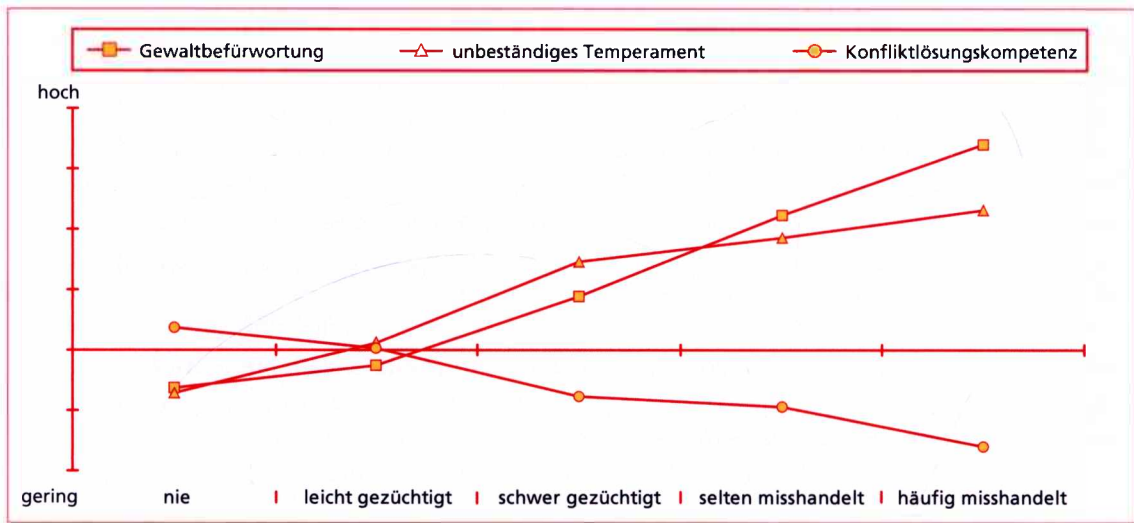


Abbildung 8: Persönlichkeitsmerkmale nach Ausmaß erlittener elterlicher Gewalt in der Kindheit (9. Jahrgangsstufe, Mittelwerte)

5. Einfluss der Schule

5.1 Schulkultur und Schulorganisation

Im Vergleich zu anderen Orten ist die Schule für Kinder und Jugendliche ein relativ sicherer und geschützter Bereich. Trotzdem kommt es auch an Schulen zu Gewalt, wobei die Jugendlichen, die im schulischen Kontext Gewalt ausüben, meist auch an anderen Orten auffällig werden. Die Ursachen der Gewalt liegen damit zwar oft außerhalb der Schule, gleichwohl hat die Schule durchaus Möglichkeiten, das Verhalten der Jugendlichen, beispielsweise über das „Schulklima“, zu beeinflussen. Wenn Kinder und Jugendliche gerne in die Schule gehen, dann fallen sie seltener durch aggressives Verhalten auf, schwänzen seltener die Schule und akzeptieren eher die schulischen Normen und Werte. Die Verhinderung gewalttätiger Auseinandersetzungen beginnt also damit, dass sich Kinder in der Schule wohl fühlen. Da Schulen noch immer einen für die Vermittlung von zivilen Werten und Einstellungen zentralen Ort darstellen, ist die Schulbindung, also die Bereitschaft, mit der die Jugendlichen die Schule besuchen, nicht ohne Einfluss auf ihr Verhalten. So begehen Schüler/innen mit hoher Schulbindung seltener Gewaltdelikte als Schüler/innen mit niedriger Bindung. Auch die Gewaltbelastung einer Schule scheint bei manchen Jugendlichen Folgen für die eigene Gewaltbereitschaft zu haben: Während Schüler/innen, die der eigenen Schule eine geringe Gewaltbelastung bescheinigen, nur zu 3 % im vergangenen Jahr fünf oder mehr Gewalttaten begangen haben, sind es unter Schüler/innen, die eine hohe Gewaltbelastung wahrnehmen, mit 8 % rund zweieinhalb mal so viele.

Wer gern die Schule besucht, fällt seltener durch gewalttätiges Verhalten auf.

Für die Gewaltbereitschaft spielt die Größe einer Schulklasse hingegen keine wesentliche Rolle, denn in kleineren Klassen wird mit etwa der gleichen Häufigkeit gehänselt und geschlagen wie in größeren Klassen. Von stärkerer Bedeutung – zumindest in der vierten Jahrgangsstufe – sind jedoch hohe Migranten- bzw. Jungenanteile. Die Zusammensetzung der Klassen, insbesondere die Ballung von Schüler/innen mit einer gewissen Nähe zu gewalttätigen Handlungsmustern, mit Bildungsdefiziten und Erfahrungen sozialer Benachteiligung, kann zur Entstehung oder Verschärfung von Konfliktpotenzialen an der Schule beitragen. Darüber hinaus ist das Verhalten der Lehrkräfte, wenn es zu Gewalttätigkeiten kommt, von wesentlicher Bedeutung. Hier hat die Untersuchung gezeigt, dass Schülerinnen und Schüler, die bei den Lehrern eine hohe Bereitschaft erkennen, im Falle von gewalttätigen Auseinandersetzungen einzugreifen und nicht wegzuschauen, selbst seltener zu gewalttätigem Verhalten neigen. Anders herum betrachtet werden Gewalttätigkeiten also durch ein negatives Vorbild, auch durch bewusstes Wegschauen, verstärkt.

Eine Kultur des Hinschauens an Schulen senkt die Gewaltbereitschaft.

5.2 Schulschwänzen

Es gibt einen Zusammenhang zwischen häufigem Schulschwänzen und Delinquenz.

Schulschwänzen ist z. T. auf ungünstige soziale Lebenssituationen der betroffenen Jugendlichen zurückzuführen, etwa Spannungen im Elternhaus, Konflikte mit den Lehrkräften oder Ausgrenzungen durch Mitschülerinnen und Mitschüler. Daneben können persönliche Krisen, ein als langweilig empfundener Schulalltag oder Misserfolge in der Schule Ursachen eines solchen Verhaltens sein. Je häufiger Schülerinnen und Schüler die Schule schwänzen, desto größer ist dabei die Wahrscheinlichkeit delinquenten Verhaltens. So hatten von den Jugendlichen ohne Schulabsenz 11,4 % im Jahr vor der Befragung zumindest eine Gewalttat begangen, bei Jugendlichen mit fünf und mehr Fehltagen hingegen waren es immerhin 40,8 %, also viermal so viele. Dieser Zusammenhang lässt sich z. T. damit erklären, dass Schulschwänzen auf das Vorhandensein persönlicher und sozialer Problemlagen verweist und diese Problemlagen wiederum die Neigung zu verschiedenen Formen abweichenden Verhaltens begünstigen.

Schulschwänzen erhöht aber auch das Risiko, in eine Art Teufelskreis zu geraten: Die Abwesenheit vom Unterricht wirkt sich negativ auf die Schulnoten aus; schlechte Noten senken die Motivation, die Schule zu besuchen. Anerkennung wird in anderen Bereichen gesucht. Mit schlechten Noten sinken dann die Chancen, die Schule erfolgreich zu absolvieren. Die Wahrscheinlichkeit von Frustrationserlebnissen nimmt zu, und damit auch nicht selten die Bereitschaft zu Gewalttätigkeiten oder anderen delinquenten Verhaltensweisen. Etliche Schulschwänzer halten sich während der Unterrichtszeit nicht zu Hause auf, sondern an sozial weniger kontrollierten Orten (z. B. in Kaufhäusern), wodurch sich Gelegenheiten für delinquentes Verhalten, etwa Ladendiebstähle oder Schwarzfahren, ergeben.

Unentschuldigtes Fehlen wird noch zu selten entdeckt und sanktioniert.

Vor allem an Hauptschulen scheint Schulschwänzen ein Problem zu sein, da hier nach Angaben der Lehrkräfte immerhin 32,0 % der Schülerinnen und Schüler als Schwänzer und 12,5 % als Mehrfachschwänzer gelten können. An Gymnasien sind es dagegen nur 12,9 % bzw. 2,6 %. Den Jugendlichen zufolge liegen die tatsächlichen Quoten der Schulabsenz fast doppelt so hoch, die Unterschiede zwischen den Schulformen bestehen aber in der gleichen Weise. Zudem berichten sie, dass nach unentschuldigtem Fehlen nur selten eine Sanktionierung durch die Schule erfolgt. Lediglich 34,6 % der Schwänzer/innen haben bereits einmal eine Sanktion ihres Verhaltens erfahren. Ein Drittel der Schülerinnen und Schüler, die sich zehn und mehr Tage dem Unterricht entzogen, haben nie eine Reaktion durch die Schule erlebt. Dies kann sich bei den betroffenen Jugendlichen problemverschärfend auswirken.

6. Einfluss der Freunde und Gleichaltrigen

Neben Elternhaus und Schule ist die Gruppe der Gleichaltrigen eine sehr wichtige Sozialisationsinstanz im Jugendalter, die mit zunehmendem Alter an Bedeutung gewinnt. Dabei zeigen sich die negativen Auswirkungen von so genannten „falschen Freunden“ sehr eindrücklich: Nur 0,6 % der Jugendlichen, die keine delinquenten Freund/innen haben, treten als Gewalt-Mehrfachtäter in Erscheinung, aber 35,0 % der Jugendlichen mit zehn und mehr solcher Freunde. Von allen untersuchten Faktoren beeinflussen Beziehungen zu gewalttätigen und delinquenten Freunden bzw. Freundinnen das Risiko eigener Gewalttätigkeit am stärksten.

Freundschaften zu delinquenten Gleichaltrigen bilden den stärksten Risikofaktor von Gewalt.

Die Wahrscheinlichkeit von Kontakten zu delinquenten Freunden und Gruppen hängt dabei nicht zuletzt mit dem sozialen Umfeld, dem Freizeitverhalten sowie persönlichen, insbesondere problembelasteten Lebensumständen zusammen. So zeigt sich beispielsweise, dass Jugendliche, die Gewalt durch die eigenen Eltern erfahren, und Jugendliche, die relativ häufig gewalthaltige Medien konsumieren, in sehr viel mehr Fällen Kontakte zu delinquenten Freunden besitzen.

Der Einfluss von delinquenten Freunden ergibt sich daraus, dass sie für die betreffenden Jugendlichen Verhaltensvorbilder darstellen oder auch einen gewissen Anpassungsdruck hervorrufen, sich in ähnlicher Weise zu verhalten, um Anerkennung in der Gruppe zu finden. Besonders in delinquenten Cliques sind wechselseitige Kontrolle und der Erwartungsdruck, sich den Regeln und Normen der Gruppe zu unterwerfen, meist stark ausgeprägt.

Trotz der sozialen Einflüsse treten aber bei weitem nicht alle Jugendlichen, die delinquente Freunde haben, durch Straftaten in Erscheinung; d. h., auch unter ungünstigen und belastenden Lebensumständen können Jugendliche sozial konforme Verhaltensweisen ausbilden.

7. Einfluss des Medienkonsums

Jugendliche, Jungen wie Mädchen, verbringen im Durchschnitt mehr Zeit im Umgang mit Medien als mit Freunden (siehe Abbildung 9). An einem normalen Schultag werden für Treffen mit Freunden gut zwei Stunden aufgebracht, vor dem Fernseher noch etwas mehr. Vor allem die Jungen verbringen zudem viel Zeit am Computer und im Internet, nämlich zweieinhalb Stunden pro Tag; bei den Mädchen ist es nicht ganz eine Stunde.

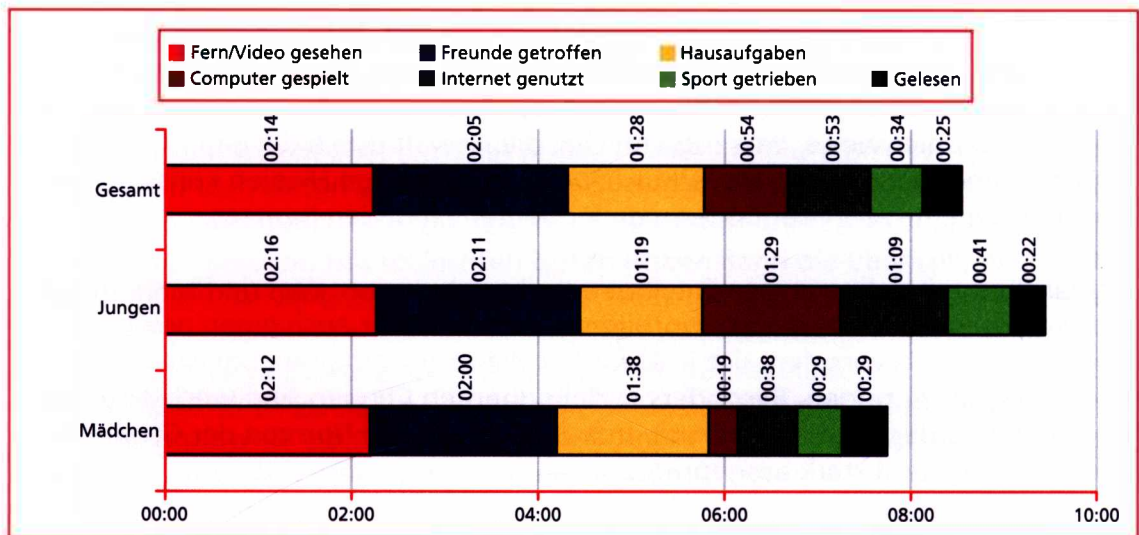


Abbildung 9: Zeitaufwand für verschiedene Freizeitaktivitäten an einem Schultag nach Geschlecht (9. Jahrgangsstufe, in Stunden : Minuten)

Jungen beschäftigen sich mehr mit Medien als Mädchen.

Die tägliche Computer- bzw. Videospielzeit hängt insbesondere mit zwei Faktoren zusammen: Zum einen spielt das Geschlecht eine Rolle, insofern Jungen sich im Allgemeinen stärker von Medien fesseln lassen als Mädchen, und zum anderen die Verfügbarkeit eines PC's oder einer Spielkonsole im eigenen Zimmer.

Es ist aber nicht die reine Dauer des Medienkonsums, die in einem Zusammenhang zum Ausmaß an verübter Gewalt steht, sondern die Art und Weise, wie die betreffenden Medien genutzt werden. Abbildung 10 zeigt, dass Grundschul Kinder, die in der jüngeren Vergangenheit einen nicht altersgerechten Film (freigegeben ab 16 bzw. 18 Jahren) gesehen oder ein für das Alter nicht freigegebenes Spiel gespielt haben, deutlich häufiger andere Kinder geschlagen haben als Kinder, die zur selben Zeit nicht mit diesen Medien in Berührung kamen.

Derselbe Zusammenhang gilt auch für die im Durchschnitt 15-jährigen Jugendlichen der Schülerbefragung. Als besonders problematisch stellt sich der häufige Konsum von Horrorfilmen und Kampfspielen dar: Nur 1,3 % der Schüler/innen, die nie Kampfspiele spielen, gehören zu den Gewalt-Mehrfachtätern, aber 13,7 % der Jugendlichen, die dies sehr oft tun. Ein Zusammenhang bleibt auch dann bestehen, wenn das Geschlecht (Jungen spielen mehr) oder die Schulform (Hauptschüler spielen mehr) berücksichtigt werden. Eine gestiegene Bereitschaft zur Gewalt wird durch den Konsum von gewalthaltigen Medien in der Regel dann begünstigt, wenn weitere Umstände hinzukommen. So steigt das Risiko stark an, wenn männliche Jugendliche über eine entsprechende Geräteausstattung im eigenen Zimmer verfügen, wenn sie von sozialen Bindungen und sozial förderlichen Kontakten zu (nichtdelinquenten) Gleichaltrigen eher isoliert sind und wenn deren Eltern sich nicht für die Inhalte dieser Spiele interessieren.

Der Konsum von Gewaltmedien steht in einem Zusammenhang mit eigenem Gewaltverhalten.

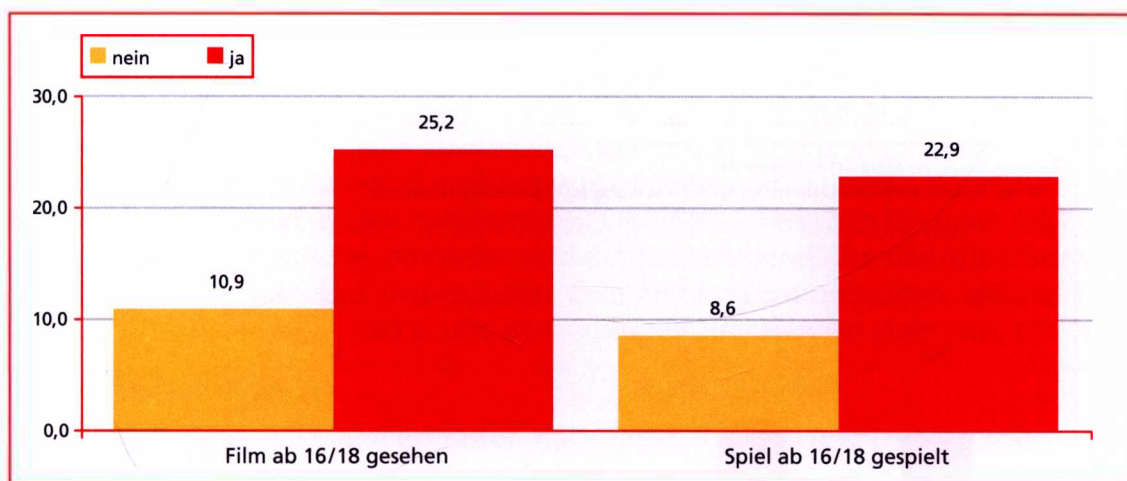


Abbildung 10: Anteil Kinder, die in den letzten vier Wochen ein anderes Kind geschlagen haben, nach Konsum jugendgefährdender Medieninhalte (4. Jahrgangsstufe, in %)

Dies bedeutet, dass Geräte nicht bedenkenlos ins Zimmer gestellt werden dürfen und dass dem Konsum zeitliche Grenzen zu setzen sind. Die Verfügbarkeit von Geräten im eigenen Zimmer erhöht sowohl die Nutzungsdauer als auch das Risiko, jugendgefährdende Inhalte zu konsumieren. Mit längerer Nutzungsdauer verschlechtern sich außerdem tendenziell die Schulleistungen.

Medien sollten nicht bedenkenlos ins Zimmer von Kindern und Jugendlichen gestellt werden.

8. Einfluss von Männlichkeitsnormen

Die Verteidigung der eigenen „Ehre“ führt nicht selten zu Gewaltanwendungen.

Erhöhte Gewaltbereitschaft kann die Folge einer bestimmten Vorstellung von Männlichkeit sein. Nach diesen Vorstellungen ist die Aufrechterhaltung der eigenen Ehre ebenso wie der Ehre der Familie von hoher Bedeutung. Gewaltanwendung gilt dabei als ein erlaubtes oder sogar erforderliches Mittel, um auf tatsächliche oder vermeintliche Angriffe auf die Ehre zu reagieren. Solche Gewalt legitimierenden Männlichkeitsnormen finden sich überdurchschnittlich oft bei Jugendlichen aus wirtschaftlich schwachen Familien und relativ gering gebildeten Elternhäusern, bei Jugendlichen türkischer oder jugoslawischer Herkunft bzw. bei Jugendlichen, die in einem kulturellen Milieu aufgewachsen sind, in dem derartige Männlichkeitsbilder eine prägende Rolle spielen („Macho-Kultur“). Außerdem kommen sie eher bei Jugendlichen vor, die selbst bereits Opfer von Gewalt (z. B. in der Familie) geworden sind oder die gewalthaltige Medien konsumieren.

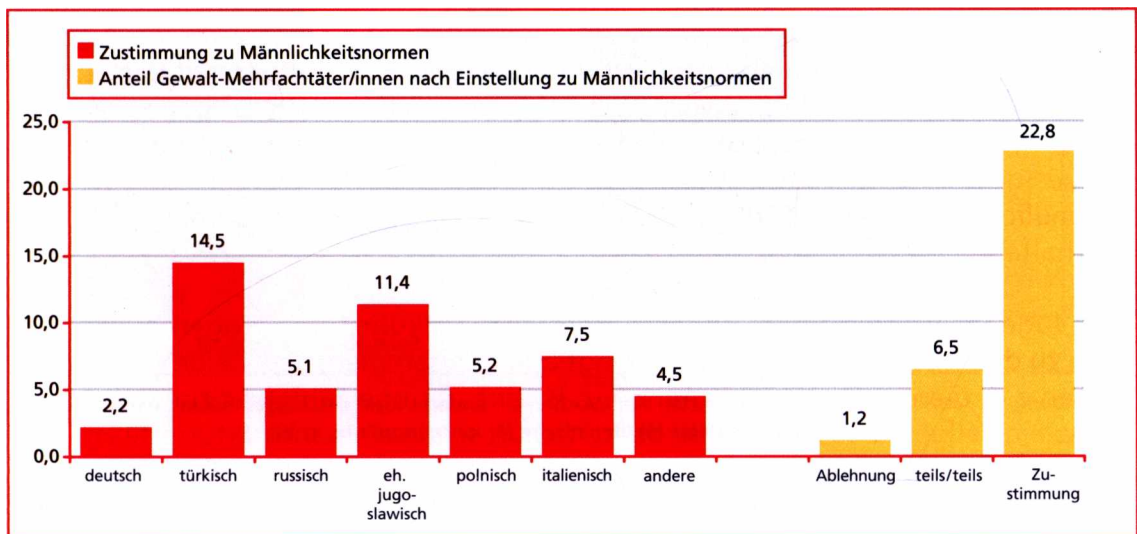


Abbildung 11: Anteil Jugendliche, die Männlichkeitsnormen zustimmen bzw. Anteil Gewalt-Mehrfachtäter/innen nach Zustimmung zu Männlichkeitsnormen (9. Jahrgangsstufe, in %)

Jugendliche, die Gewalt legitimierenden Männlichkeitsnormen zustimmen, gehören fast 20-mal häufiger zu den Gewalt-Mehrfachtätern als jene Jugendlichen, die sie ablehnen. Dabei sind Gewalt legitimierende Männlichkeitsnormen in den einzelnen ethnischen Gruppen unterschiedlich stark verbreitet (siehe Abbildung 11). Wenn aber Jugendliche – gleich welcher ethnischen Gruppe – diesen Männlichkeitsnormen anhängen, finden sich keine Unterschiede mehr in der Gewaltbelastung, d. h. die (eher wenigen) deutschen Jugendlichen, die diesen Normen zustimmen, verhalten sich ebenso häufig gewalttätig wie etwa türkische Jugendlichen, die sie akzeptieren.

9. Einfluss des Alkohol- und Drogenkonsums

Alkohol- und Drogenkonsum gehen häufig mit einer erhöhten Gewaltbereitschaft einher: So hatten in der Gruppe von Jugendlichen, die im letzten Jahr keinen Alkohol getrunken haben, lediglich 2,4 % fünf und mehr Gewalttaten verübt, bei den häufigen Konsumenten von Alkohol war der Anteil dagegen dreimal so hoch. Im Vergleich der Nichtkonsumenten und Konsumenten von Cannabis lag der Anteil der Mehrfachtäter schon um das Achtfache höher, bezüglich harter Drogen (Speed/Ecstasy, Heroin, Kokain oder LSD) sogar um das Zehnfache. Je stärker das Ausmaß des Drogenkonsums ist und je häufiger insbesondere illegale Substanzen konsumiert werden, desto höher fällt das Risiko des Gewalthandelns aus.

Mit steigendem Alkohol- und Drogenkonsum steigt auch die Gewaltbereitschaft.

Dabei ist der Konsum von alkoholhaltigen Getränken bei Jugendlichen recht weit verbreitet: Jeder dritte Jugendliche trinkt mehrmals im Monat Bier oder Wein (32 %), fast jeder vierte Alcopops (22 %) und fast jeder siebte Schnaps (13 %). Bei den Unter-16-Jährigen sind es immerhin 29 %, die häufiger Bier bzw. Wein und 20 %, die häufiger Alcopops zu sich nehmen. Deutlich weniger, nämlich 8 % der Jugendlichen, berichten einen regelmäßigen Cannabiskonsum. Allerdings haben 24 % der Jugendlichen bereits einmal Cannabis probiert und rund 3 % Erfahrungen mit harten Drogen gesammelt. Im Vergleich zwischen verschiedenen ethnischen Gruppen zeigt sich im Übrigen, dass russische, polnische und deutsche Jugendliche überdurchschnittlich zu Suchtmittelkonsum, insbesondere zum Alkoholkonsum neigen, während sich Jugendliche, die aus der Türkei und dem früheren Jugoslawien stammen, eher zurückhalten.

Auch unter 16-Jährige trinken bereits häufig Alkohol.

Dass Jugendliche, die einen erhöhten Konsum an Alkohol und Drogen haben, oft auch zu den Gewalttätern gehören, hängt damit zusammen, dass beide Verhaltensweisen z. T. dieselben Ursachen haben, z. B. eine geringe Fähigkeit zur Selbstkontrolle, eine allgemein erhöhte Risikobereitschaft sowie eine unstrukturierte Freizeitgestaltung. Der Konsum von Suchtmitteln kann auch ganz unmittelbar das Risiko erhöhen, in Gewaltsituationen verwickelt zu werden: Unter Alkohol- und Drogen Einfluss vermindern sich sowohl die Hemmschwellen, Gewalt anzuwenden, als auch die Fähigkeiten des Eigenschutzes gegenüber Angriffen, mit der Folge eines anwachsenden Opferisikos.

10. Zusammenfassende Betrachtung

Das Austesten von Normen und Grenzen ist Teil des Aufwachsens junger Menschen.

Jugendgewalt ist wie Jugenddelinquenz im Allgemeinen eine zunächst alterstypische und aufgrund des Verbreitungsgrades – jedenfalls bei den Jungen – auch normale Erscheinung. Sie ist Teil eines Entwicklungs- und Reifungsprozesses bei jungen Menschen, zu dem u. a. das Austesten von Normen und Grenzen sowie die Anerkennung unter Gleichaltrigen gehört. Entsprechend bleiben gewalttätige Verhaltensweisen oftmals auf einen kürzeren Zeitraum oder eine bestimmte Entwicklungsphase begrenzt. Viele Jugendliche hören mit ihrem delinquenten Verhalten auf, ohne dass es jemals bei der Polizei oder anderen staatlichen Instanzen bekannt geworden ist. Untersuchungen bestätigen immer wieder, dass nur ein relativ kleiner Teil der Jugendlichen häufig, über einen längeren Zeitraum hinweg und mit schweren Straftaten (polizei-) auffällig wird.

Neben diesem allgemeinen Befund lässt sich den Schülerbefragungen entnehmen, dass das Ausmaß der Jugendgewalt in den vergangenen Jahren abgenommen hat. Zwar weist die Polizeiliche Kriminalstatistik – in erster Linie im Bereich der Körperverletzungen – einen gegenläufigen Trend aus, dieser geht aber auf die gestiegene Anzeigebereitschaft vor allem bei Fällen von weniger schwer wiegender Gewalt zurück. Es ist also nicht das tatsächliche Gewaltaufkommen angewachsen, sondern die Sensibilität der Bevölkerung gegenüber Gewalt und der Wille, derlei Verhalten in einem förmlichen Verfahren über staatliche Instanzen zu sanktionieren.

Trotz dieser positiven Entwicklungen bleibt Gewalt für viele Jugendliche immer noch Teil ihrer sozialen Erfahrungen: Zwei Fünftel aller Schülerinnen und Schüler berichten, mindestens ein Mal in ihrem bisherigen Leben Opfer einer Gewalttat geworden zu sein, und ein Fünftel, wenigstens ein Mal eine Gewalttat begangen zu haben. Immerhin jeder 25. Jugendliche ist im zurückliegenden Jahr wenigstens fünfmal in eine Gewaltsituation als Opfer bzw. Täter verwickelt gewesen.

Häufig sind es ein und dieselben Personen, die Erfahrungen sowohl als Opfer als auch als Täter von Gewalt gemacht haben. Dies hängt teilweise damit zusammen, dass Jugendliche, die Opfer innerfamiliärer Gewalt geworden sind, im Konflikt mit anderen Personen später selbst zur Gewaltausübung neigen. Auch der Umstand, mit ansehen zu müssen, dass sich die eigenen Eltern wechselseitig Gewalt antun, korrespondiert mit der verstärkten eigenen Bereitschaft, Gewalt als Mittel der Konfliktaustragung einzusetzen. Damit ergibt sich eine Risikogruppe, die in einem Kreislauf der Gewalt zu geraten droht, in dem sich Opfer- und Tätererfahrungen der Gewalt abwechseln und Gewalterfahrungen innerhalb der Familie von einer Generation auf die nächste „übertragen“ werden.

Jeder 25. Jugendliche ist Mehrfachopfer oder Mehrfachtäter von Gewalt.

Nicht nur auf der Täter-, sondern auch auf der Opferseite sind hauptsächlich männliche Personen von Gewalt betroffen. Der Umstand, dass Jungen deutlich häufiger körperliche Gewalt einsetzen als Mädchen, hängt u. a. damit zusammen, dass sie häufiger dazu erzogen werden, sich gegen andere – wenn nötig mit Gewalt – durchzusetzen. Diese Erziehungsstile schlagen sich in persönlichen Werthaltungen der Jugendlichen nieder, die eine höhere Konkurrenz- und Gewaltorientierung beinhalten. Geschlechtsspezifische Rollenbilder werden zudem genährt durch unterschiedliche Formen des Umgangs mit Unterhaltungsmedien. Dabei findet sich unter den Jungen eine größere Gruppe, die sich häufig Horrorfilme anschaut und oft Kampfspiele spielt.

Jungen werden häufiger dazu erzogen, sich notfalls mit Gewalt durchzusetzen.

Eine verstärkte Gewaltproblematik tritt vor allem in Familien bzw. bei jungen Menschen auf, die gleich in mehrfacher Hinsicht Belastungen unterworfen sind – hier gilt es, mit gezielten Präventionsmaßnahmen anzusetzen (siehe dazu im Einzelnen Teil 2 der Broschüre). Besonders hoch ist die Wahrscheinlichkeit, wenn Jugendliche Umgang mit delinquenten Freunden haben und wenn sie ein Männlichkeitsbild in sich tragen, das die Anwendung von Gewalt in bestimmten Situationen legitimiert bzw. als erforderlich ansieht. Bei Kindern spielen elterliche Erziehungspraktiken, insbesondere Gewalt in der Erziehung, die geringe Kontrolle kindlicher Freizeitaktivitäten und schließlich der Zugang zu nicht altersgerechten Filmen bzw. Computerspielen eine wesentliche Rolle.

Zu den Gruppen mit erhöhter Gewaltgefährdung gehören insbesondere auch Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund. Dabei weisen türkische Jugendliche die höchsten Gewaltbelastungen auf. Sie sind in besonders hohem Maße von innerfamiliärer Gewalt betroffen und hier ist unter männlichen Jugendlichen auch die Identifizierung mit Gewalt legitimierenden Männlichkeitsnormen am weitesten verbreitet. Migrantenkinder allgemein besuchen zudem seltener einen Kindergarten und unterliegen häufig einer ausgeprägten Benachteiligung in Bezug auf schulische Erfolgchancen: Sie haben schlechtere Deutschkenntnisse und erzielen schlechtere Schulleistungen als deutsche Kinder. Daneben verfügen sie seltener über Freundschaftsbeziehungen zu einheimischen deutschen Kindern und Jugendlichen, was nicht nur ihre gesellschaftliche Integration erschwert, sondern auch das Potenzial an möglichen Konflikten erhöht.

Kindergarten und Schule sind zentrale Orte der Integration von Zuwanderern.

Ähnlich wie nichtdeutsche Schüler/innen damit nicht von vornherein gewaltbereiter sind als deutsche Schüler/innen, hat die höhere Gewaltbelastung von Hauptschülern ihre Ursachen letztlich in den Lebensumständen der Jugendlichen. In dieser Gruppe häufen sich Erfahrungen mit Elterngewalt, ein problematischer Medienkonsum, das Vorherrschen bestimmter Männlichkeitsnormen und die Bekanntschaft mit delinquenten Freunden.

Teil 2: Folgerungen für die Prävention von Jugendgewalt

1. Zum Bedarf an gewaltpräventiven Maßnahmen

Welche Konsequenzen sind nun für die Prävention von Jugendgewalt zu ziehen?

Gestützt auf Selbstberichte der Jugendlichen lässt sich feststellen, dass die Zahl der Gewaltdelikte in den vergangenen Jahren leicht zurückgegangen ist, wobei gleichzeitig die Quote der angezeigten Gewaltdelikte zunimmt. Auf der anderen Seite registriert die Polizei eine Tendenz zur qualitativen Steigerung der Jugendgewalt, oft aus Gruppen heraus. Dies findet seinen Ausdruck u. a. in der deutlich steigenden Zahl von Widerstandshandlungen gegen Polizeibeamte. Auch der Anteil von Jugendlichen, die mehrfach durch Gewalttaten auffällig werden, lässt auf keinen allgemeinen Rückgang der Gewalt gerade bei den eigentlichen Problemgruppen schließen. Weiterhin besteht eine stark erhöhte Gewaltbelastung für junge Menschen aus wirtschaftlich benachteiligten, bildungsfernen und gesellschaftlich schwach integrierten Gruppen. Vor allem Jugendliche mit Migrationshintergrund weisen hier eine Anhäufung belastender Lebensumstände und Risikofaktoren auf. Insgesamt ist also ein weiterhin hoher Bedarf für Präventionsmaßnahmen abzuleiten.

Es gibt keinen Grund, in den Präventionsbemühungen zur Jugendgewalt nachzulassen.

Ohnehin bemisst sich die Notwendigkeit gewaltpräventiver Maßnahmen bzw. die Fortführung wichtiger Handlungsfelder der Gewaltprävention nicht allein daran, wie stark ein Gewaltproblem ausgeprägt ist. Mindestens genauso wichtig ist die – frühzeitige – Verhinderung von Entwicklungen, aus denen zukünftig Gewalt entstehen kann. Das Ziel von Prävention ist es ja gerade, den Ursachen von Gewalt schon im Vorfeld entgegenzuwirken. Deshalb kann ein Rückgang von Gewaltdelikten das Ergebnis erfolgreicher Präventionsarbeit sein – und die Fortführung oder gar Ausweitung der Maßnahmen geradezu verlangen.

Der Ertrag dieser Maßnahmen geht dabei über das unmittelbare Ziel der Reduzierung von Gewalt meist weit hinaus. Wenn Kinder und Jugendliche in der Entwicklung von grundlegenden sozialen Kompetenzen wirksam unterstützt werden, macht sich das in verschiedensten Lebensbereichen und Handlungssituationen positiv bemerkbar. Diese Kompetenzen vermindern nicht nur die Wahrscheinlichkeit gewalttätigen Verhaltens, sondern auch von problembelasteten Entwicklungen etwa im Hinblick auf Alkohol- und Drogenkonsum, schulische und berufliche Probleme, instabile Paarbeziehungen oder risikobehaftetes Verhalten im Straßenverkehr.

2. Grundprinzipien der Entwicklung wirksamer Präventionsansätze

Erfolgreiche (Gewalt-) Prävention muss sich an einer Reihe von Grundprinzipien orientieren. Dazu gehören insbesondere:

Mehrebenen-Konzept

Die Wahrscheinlichkeit von Gewalt wächst in dem Maße, wie Kinder und Jugendliche auf mehreren Ebenen (Familie, Gleichaltrige, Freizeitbereich, sozialräumliches Umfeld) Belastungen ausgesetzt sind. Erfolgreiche Maßnahmen der Gewaltprävention müssen deshalb auf mehreren Ebenen gleichzeitig ansetzen. Sie dürfen nicht nur auf die Jugendlichen gerichtet sein, sondern haben z. B. die Eltern und die Schule mit einzubeziehen. Die Wirkungskraft dieser verschiedenen Ebenen verändert sich dabei mit dem Lebensalter: Im Säuglings- bis Kleinkindalter hat zunächst die Familie einen entscheidenden Einfluss auf die persönliche Entwicklung, und auch im Grundschulalter kommt der Familie noch immer große Bedeutung zu, allerdings bei zunehmendem Gewicht der Gleichaltrigengruppe und der Schule. Im Jugendalter schließlich überwiegen Orientierungen am Lebensraum Schule, an der Gleichaltrigengruppe sowie Gegebenheiten der Wohngegend (z. B. Freizeit- und Konsumangeboten).

Maßnahmen müssen auf mehreren Ebenen gleichzeitig ansetzen.

Vernetzung der Akteure

Präventionsarbeit auf Grundlage eines Mehrebenen-Konzepts bedeutet in der Regel, dass sich zugleich mehrere Akteure bzw. Institutionen mit ihren jeweiligen Kompetenzen und Einwirkungsmöglichkeiten beteiligen (sollen). Dabei müssen die Projektziele von allen Beteiligten mitgetragen und die Maßnahmen der einzelnen Akteure aufeinander abgestimmt sein. Eine Vernetzung ist vor allem auch dort erforderlich, wo es zu einer „Übergabe“ bei der Betreuung der Zielgruppe kommt, z. B. beim Übergang vom Kindergarten zur Grundschule oder von der Grundschule zur weiterführenden Schule. Dabei ist die enge Zusammenarbeit von Kindergarten, Schule und Jugendhilfe auf örtlicher Ebene für eine kontinuierliche und problemorientierte Präventionsarbeit unerlässlich. Als sehr hilfreich hat sich der persönliche Kontakt zwischen den Beteiligten erwiesen. Ganz entscheidend kann auch die Einbindung der Jugendlichen sein, weil deren Engagement und der beträchtliche Einfluss, den Gleichaltrige haben, wesentlich zur Akzeptanz und zum Erfolg der Präventionsmaßnahmen bei Jugendlichen beitragen.

Enge Zusammenarbeit von Kindergarten, Schule und Jugendhilfe ist unerlässlich.

Frühzeitige Intervention

Unterstützung schon im frühen Lebensalter ist optimal.

Gewaltproblemen lässt sich umso wirksamer begegnen, je jünger die Personen sind, an die sich die Präventionsbemühungen richten. In den frühen Lebensjahren vollziehen sich Entwicklungsstufen des Kindes, bei denen grundlegende Denk- und Problemlösungsfähigkeiten sowie soziale Kompetenzen ausgebildet werden. Weil diese Fähigkeiten Schutzfaktoren gegenüber gewalttätigem Handeln sind, kann die frühe Förderung von Kindern insbesondere belasteter Familien als optimaler Zeitpunkt für primärpräventive Ansätze angesehen werden. In den ersten Lebensjahren bestehen andererseits aber auch schon Gefährdungen der Kinder durch schwierige familiäre Rahmenbedingungen (z. B. Armut, schlechte Wohnverhältnisse, soziale Ausgrenzung), die das Risiko erhöhen, von den Eltern vernachlässigt oder Opfer elterlicher Gewalt zu werden.

Wirksame Prävention ist dennoch auch in späteren Lebensphasen möglich. Allerdings können sich dann problembelastete Lebensumstände und Handlungsmuster der jungen Menschen schon erheblich verfestigt haben. Damit nimmt nicht nur der erforderliche Aufwand der Prävention, sondern auch das Risiko des Scheiterns tendenziell zu.

Längerfristige Ausrichtung

Nur längerfristig angelegte Maßnahmen ermöglichen nachhaltige Prävention.

Kurzfristige Projekte oder einmalige Aktionen sind in der Regel wirkungslos. Um Verhalten zu verändern, Gewaltneigungen abzubauen und sozial verträgliche Handlungsmuster zu entwickeln, bedarf es Zeit. Dies sind Prozesse, die u. a. eine Auseinandersetzung mit der eigenen Person, Veränderungen im Bewusstsein sowie das Einüben neuer Verhaltensweisen erfordern. Sie müssen in der Regel von kompetenter Seite begleitet und unterstützt werden, wenn sie nicht nur kurzfristig Bestand haben, sondern mehr oder weniger dauerhafte Wirkungen (Nachhaltigkeit) erzielen sollen. Präventionsziele und -maßnahmen sind deshalb auf längere Sicht hin anzulegen.

Opferseite berücksichtigen

Strategien der Gewaltprävention sind vielfach nur auf die Täter bezogen und berücksichtigen die Seite der Opfer zu wenig. Dies bedeutet nicht, dass es zwei klar voneinander abgrenzbare Gruppen der Täter und der Opfer von Gewalt gibt. Gerade Jugendliche haben oftmals in unterschiedlichen Situationen sowohl die eine als auch die andere Seite von Gewalt erfahren („Täter-Opfer-Statuswechsel“). Wenn sie wiederholt Opfer von Gewalt werden, resultiert dies häufig aus gewalthaltigen sozialen Beziehungen oder einem bestimmten Lebensstil. Durch eine Präventionsarbeit, die gezielt an den Risikofaktoren der Mehrfachopfer ansetzt, können die gefährdeten jungen Menschen nicht nur vor weiteren Angriffen und daraus entstehenden Belastungen geschützt werden. Vielmehr wird auch einem „Kreislauf der Gewalt“ entgegengewirkt, wonach die Gewaltopfer von heute vielfach die Gewalttäter von morgen werden.

Wer wiederholt Opfer von Gewalt wird, hat ein erhöhtes Risiko, selbst Gewalt auszuüben.

Nicht immer ist es einfach, einen Zugang zu jugendlichen Gewaltopfern zu finden, um daran Hilfeangebote knüpfen zu können. Insbesondere für männliche Jugendliche ist der Status eines Opfers meist sehr negativ behaftet, wodurch es ihnen schwer fällt, Hilfe von außen zu suchen und anzunehmen. Niedrigschwellige Angebote, die diese Schambarriere überwinden helfen, können die Betroffenen am ehesten erreichen².

Der Status des Opfers ist für männliche Jugendliche meist sehr negativ behaftet.

Geschlechtsspezifischer Zugang

Wirksame Maßnahmen der Gewaltprävention können sich in der Regel nicht ohne Unterschied an alle Kinder oder Jugendlichen richten. Die besonderen sozialen Erfahrungen und kulturellen Vorstellungen der jungen Menschen darüber, an welchen Normen sich das eigene Verhalten (und das Verhaltens anderer) auszurichten hat, sind zu berücksichtigen.

Insbesondere die Einsicht, dass Gewaltanwendung geschlechtsspezifisch geprägt ist, breitet sich immer mehr aus. Es zeigt sich die Notwendigkeit, Problemlagen gefährdeter und delinquenten junger Frauen und Männer geschlechtsspezifisch zu betrachten, um dem Einfluss kultureller Vorstellungen von „Männlichkeit“ und „Weiblichkeit“ auf die Begehung von Gewalttaten gerecht zu werden. Vorstellungen von „Männlichkeit“ und „Weiblichkeit“ gehören dabei nicht naturwüchsig zu den zwei Geschlechtern, sondern können von beiden Geschlechtern in unterschiedlicher Ausprägung und Intensität angeeignet werden. So kann es Teil eines geschlechtsspezifisch orientierten Trainings sein, z. B. manche „männliche“ Verhaltensweisen abzulernen und manche „weibliche“ zu erwerben. Bei Jungen kann z. B. die Entdeckung und das Erleben fürsorglicher Seiten, die Stärkung der Perspektivenübernahme oder die Stärkung körperlicher und nichtkörperlicher Ausdrucksformen von positiven „männlichen“ Verhaltensweisen (z. B. „Ritterlichkeit“, Fairness) in den Vordergrund rücken. Am besten erreichbar sind Jungen, die zu Gewalt neigen, in der Regel über körperbetonte Ansätze (z. B. sport- und erlebnispädagogische Ansätze).

Vorstellungen von Männlichkeit spielen für das Gewaltverhalten von Jungen eine wichtige Rolle.

² Deutsches Jugendinstitut, Arbeitsstelle Kinder- und Jugendkriminalitätsprävention (2007): Strategien der Gewaltprävention im Kindes- und Jugendalter. Eine Zwischenbilanz in sechs Handlungsfeldern. München. S. 155f.

3. Vorrangige Zielgruppen der Prävention

Präventive Strategien müssen vor allem diejenigen erreichen, die eine Unterstützung dringend notwendig haben. In der Studie konnten mehrere Risikogruppen identifiziert werden, aus denen sich vorrangige Handlungsfelder der Prävention von Jugendgewalt ableiten lassen. Für eine wirksame Prävention müssen bei diesen Gruppen entweder Risikofaktoren reduziert werden, welche Gewalt verursachen, oder aber Schutzfaktoren aufgebaut werden, die der Entstehung von Gewalt entgegenwirken. Dies betrifft insbesondere:

- Kinder und Jugendliche aus benachteiligten Verhältnissen sowie Familien mit problematischem Erziehungsverhalten (gewalttätiger oder inkonsistenter Erziehungsstil, Vernachlässigung), wobei weitere Belastungsfaktoren wie z. B. schulische Probleme, Schulabsenz oder Konsum gewalthaltiger Medien hinzukommen können,
- Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund, die von der Herkunftskultur geprägte Lebensentwürfe haben, teilweise Gewalt legitimierenden Männlichkeitsnormen anhängen, unter Umständen von Kriegserfahrungen geprägt sind und oftmals wenig soziale Kontakte zu einheimischen Deutschen aufweisen,
- jugendliche Mehrfachtäter und Jugendliche mit einem delinquentem Freundeskreis, für die die Gefahr besteht, ein ausgeprägt antisoziales Verhaltensmuster zu entwickeln bzw. zu verfestigen.

4. Unterstützung von Familien aus schwierigen Lebensverhältnissen oder mit problematischem Erziehungsverhalten

Zu den wichtigen Zielgruppen für Präventionsangebote gehören Personen bzw. Familien aus wirtschaftlich schwachen und gesellschaftlich wenig integrierten Gruppen. Hier kommt es oft zu einer Ballung von Belastungen, die sich nachteilig u. a. auf das Erziehungsverhalten, das Familienklima und den Schulerfolg auswirken können. Diese Familien in ihren erzieherischen Aufgaben zu unterstützen, ist auch dann sinnvoll, wenn die Ursachen für das Problemverhalten eines Kindes oder Jugendlichen nicht in der Familie selbst zu suchen sind, sondern in der Persönlichkeit, der Schule oder bei Gleichaltrigenkontakten. Eine Schwierigkeit besteht aber oft darin, die Familien für eine Mitarbeit zu gewinnen. Untersuchungen stützen die Empfehlung, Eltern aus sozial benachteiligten Gebieten die Kosten der Teilnahme an präventiven Programmen zu bezahlen, da ein größerer Teil der Zielgruppe erreicht wird und die Bezahlung keine nachteiligen Folgen für die Motivation der Teilnehmer und letztlich für die Wirksamkeit der Maßnahmen hat. Gerade bei den besonders belasteten und benachteiligten Gruppen zeigen gut angelegte Programme die stärksten positiven Effekte.

Gut angelegte Präventionsprogramme haben bei besonders belasteten Gruppen die stärksten positiven Effekte.

Akteure, Beteiligte:

Der Bedarf an präventiven Programmen ist vor allem in Stadtteilen mit hoher Zuwanderungsquote oder in sozialen Brennpunkten hoch. Angebote sollten auf eine möglichst frühe Förderung der Kinder ausgerichtet sein, um familienbedingte Benachteiligungen auszugleichen. Dazu bietet der Kindergarten gute Möglichkeiten. Kommunale wie freie Träger der Familien- und Jugendarbeit können Eltern in den Erziehungskompetenzen sowie bei der Anleitung ihrer Kinder – beispielsweise im Umgang mit Medienangeboten – unterstützen.

4.1 Programme während der Schwangerschafts- und der frühkindlichen Entwicklungsphase

Erfolg versprechen Programme, die schon sehr frühzeitig eine intensive Unterstützung von gefährdeten Müttern gewährleisten. Dabei beginnt die Betreuung bereits während der Schwangerschaft und reicht bis in die frühkindliche Entwicklungsphase hinein. Während der Schwangerschaft steht die Reduzierung gesundheitlicher Risiken wie Alkohol-, Drogen- und Nikotinmissbrauch im Vordergrund. Nach der Geburt geht es hauptsächlich um die Entwicklung von Erziehungskompetenzen. Untersuchungen in den USA belegen, dass diese Programme langfristig Folgekosten sparen, die ansonsten im Bereich der staatlichen Fürsorge und im Justizwesen anfallen würden.

Frühzeitiges Handeln erspart langfristig Kosten.

Beispiel: Das Nurse-Family-Partnership-Programm (NFP) ³ und „Pro Kind“ ⁴

NFP ist ein Hausbesuchsprogramm für erstgebärende Schwangere. Es richtet sich an gefährdete, einkommensschwache junge Mütter und ihr werdendes Kind. Die Betreuung durch eine besonders ausgebildete Hebamme beginnt während der Schwangerschaft und endet am zweiten Geburtstag des Kindes. Vor der Geburt unterstützt die Hebamme insbesondere das Gesundheitsverhalten der werdenden Mutter, nach der Geburt zeigt sie den Eltern Wege zu einem positiven Umgang mit dem Säugling auf, fördert ihre Erziehungskompetenzen und hilft der Mutter im Aufbau von Beziehungen mit Angehörigen und nahen Freunden.

15 Jahre nach der Intervention konnten sowohl bei den Müttern als auch bei den Kindern positive Wirkungen nachgewiesen werden. Bei den behandelten Müttern gab es z. B. weniger Alkohol- und Drogenkonsum und damit zusammenhängende Probleme, weniger Verhaftungen und weniger Fälle von Kindesmisshandlung oder -vernachlässigung. Ihre Familien mussten seltener Sozialhilfe in Anspruch nehmen. Die behandelten Kinder erwiesen sich als schulisch erfolgreicher. Als 15-Jährige liefen sie weniger von zu Hause weg, wurden seltener polizeilich auffällig und konsumierten seltener Alkohol als Jugendliche in der Vergleichsgruppe.

In Deutschland wird basierend auf der Konzeption von NFP seit 2006 das Modellprojekt „Pro Kind“ durchgeführt. Die Umsetzung erfolgt dabei in zwei Varianten, die sich in der Form der Familienbegleitung voneinander unterscheiden: In Niedersachsen übernimmt ein Team aus Familienbegleiterinnen, jeweils bestehend aus einer Hebamme und einer sozialpädagogischen Familienhelferin (SPFH), die Hausbesuche. In Bremen werden die Frauen und ihre Familien in enger Anlehnung an das NFP-Konzept durch eine Familienhebamme begleitet.

³ www.nursefamilypartnership.org

⁴ www.stiftung-pro-kind.de

4.2 Elternbildungsprogramme

In wirksamen Elternbildungsprogrammen erhalten die Eltern in der Regel Anleitungen, um in der Erziehung klare, verhaltensbezogene Ziele zu setzen sowie in schlüssiger und für die Kinder berechenbarer Weise auf Probleme zu reagieren. Das positive Verhalten der Eltern wird bestärkt. Zudem werden sie dabei unterstützt, mit ihrem Kind eine emotionale Beziehung aufzubauen und die Entwicklung des Kindes insgesamt zu fördern⁵. Die bloße Wissensvermittlung ist dabei unzureichend. Vielmehr werden mit den Eltern Fähigkeiten konkret eingeübt und umgesetzt. Beim Vorliegen von schweren Erziehungs- und Verhaltensproblemen können auch Angebote hinzukommen, welche die Paarbeziehung mit einschließen.

Die Stärkung von Erziehungskompetenzen der Eltern unterstützt die Entwicklung des Kindes.

Beispiel: Der Elternkurs „Starke Eltern – starke Kinder“⁶

Der Elternkurs „Starke Eltern – starke Kinder“ des Deutschen Kinderschutzbundes (DKSB) wird bundesweit angeboten. Ziel des Elternkurses ist es, die Erziehungsfähigkeit von Eltern, besonders das Selbstvertrauen in die eigene Elternrolle zu stärken, die Kommunikation in der Familie zu verbessern, den Kinderrechten in der Familie Geltung zu verschaffen und vor allem körperlicher wie psychischer Gewalt in der Familie präventiv zu begegnen. Den Eltern wird ein anleitender Erziehungsstil vermittelt, der dem Kind klare Orientierungen gibt und es bei der Übernahme von Eigenverantwortung sowie bei der Suche nach eigenen Problemlösungen unterstützt. In zwölf Elternabenden werden fünf Schwerpunkte erklärt, erprobt und geübt: die Klärung der Wert- und Erziehungsvorstellungen in der Familie, die Festigung der Identität als Erziehende, die Stärkung des Selbstvertrauens zur Unterstützung kindlicher Entwicklung, die Bestimmung von klaren Kommunikationsregeln in der Familie sowie die Befähigung zur Problemerkennung und -lösung. Die Elternkurse werden von ausgebildeten und zertifizierten Fachkräften moderiert.

Als Wirkungen konnten eine erhebliche Verbesserung des Familienklimas sowie Verbesserungen des Erziehungsverhaltens der Eltern nachgewiesen werden⁷.

⁵ Manuel Eisner, Denis Ribeaud, Stéphanie Bittel (2006): Prävention von Jugendgewalt. Wege zu einer evidenzbasierten Präventionspolitik; hrsg. von der Eidgenössischen Ausländerkommission EKA. Bern. S. 35

⁶ www.starkeeltern-starkekinder.de

⁷ <http://xn--tschpe-scheffler-pwb.de/fachhochschule/Forschungsbericht.pdf>

4.3 Mentoren- und Patenschaftsprogramme

Zuwendung und Unterstützung durch eine erwachsene Vertrauensperson kann Jugendliche vor delinquentem Verhalten schützen.

Der Kontakt zu einer erwachsenen Vertrauensperson, die den Heranwachsenden begleitet und unterstützt, gehört zu den zentralen Schutzfaktoren gegenüber problematischen Entwicklungen bei jungen Menschen. Langzeitstudien belegen, dass Kinder aus hoch belasteten Milieus, die wenig verhaltensauffällig wurden, diese Belastungen durch menschliche Zuwendung und Hilfe aus ihrem sozialen Umfeld heraus ausgleichen konnten. Die Kinder hatten zumindest eine Person in ihrem Leben, die sie bedingungslos akzeptierte, ungeachtet ihrer Eigenarten des Temperaments, ihrer physischen Attraktivität oder ihres Intelligenzgrades. Sorgfältig ausgewählte erwachsene Mentorinnen und Mentoren, welche die Entwicklung der jungen Menschen fördern, sie zu sinnvollen Freizeitbeschäftigungen hinführen und Unterstützung vielfältiger Art im Alltag bieten, leisten präventiv wirksame Arbeit.

Beispiel: „Balu und Du“⁸

Das Mentorenprojekt „Balu und Du“ zielt darauf ab, frühe Entwicklungsdefizite von Kindern und Jugendlichen auszugleichen, ihnen soziale Orientierungen sowie moralische Fundamente zu vermitteln. Auf der Grundlage einer freundschaftlichen Beziehung sollen Mentorinnen und Mentoren die Entwicklung von Lebenskompetenzen der jungen Menschen fördern, den Erwerb wichtiger Basisqualifikationen (z. B. Neugier, Selbstvertrauen, Konzentrationsfähigkeit, Geduld, Selbstbeherrschung, Kooperationsbereitschaft) unterstützen, Hilfen im Alltag geben, als Vorbild Verhaltensnormen vermitteln und zur Erweiterung der Lebens- und Erfahrungswelt beitragen. Problembelastete oder gefährdete Kinder werden über den Kontakt mit Lehrkräften an Grundschulen identifiziert. Die Begleitung ist auf ein Jahr angelegt und beträgt einige Stunden pro Woche. Unerlässlich bei dieser Aufgabe sind Begleitseminare für die Mentoren, die Elemente der Supervision, praktische Beratung und eine Fallreflexion enthalten.

Evaluationen belegen, dass unter den besonders aggressiven Kindern nach ca. einem Jahr eine deutliche Verbesserung ihres Verhaltens eingetreten war. Auch die sozialen Kompetenzen haben sich positiv entwickelt. Dazu gehört die Fähigkeit, Kritik anzunehmen und Konflikte zu bewältigen sowie die Bereitschaft, Kontakte über den eigenen meist ethnisch begrenzten Familienrahmen hinaus zu pflegen. Im Vergleich zu einer Kontrollgruppe hatte zudem die sprachliche Entwicklung größere Fortschritte gemacht⁹.

⁸ www.balu-und-du.de

⁹ www.paedagogik.uni-osnabrueck.de/lehrende/mueller-kohlenberg/sozialpaedagogik/balunddu07.pdf (S. 11 ff.)

5. Prävention im Bereich Kindergarten und Schule

Der Zugang zu Hilfeangeboten fällt Familien, in denen Gewalt vorkommt, aufgrund der Schamproblematik und dem bestehenden Misstrauen gegenüber öffentlichen Einrichtungen meist sehr schwer. Um diese Kinder und Familien unterstützen zu können, müssen auch außerfamiliäre Möglichkeiten genutzt werden. Die Schule stellt dabei einen besonders geeigneten Ort dar, weil hier ausnahmslos alle jungen Menschen, vor allem auch Kinder aus belasteten Familien erreicht werden. Schulische Präventionsprogramme können als Schutzfaktoren gegenüber familiären Belastungen wirken, weil sie über einen längeren Zeitraum hinweg den Erwerb sozialer Kompetenzen sowie ein direktes und permanentes Umsetzen des Gelernten in konkreten Situationen ermöglichen. Eine Förderung sollte jedoch möglichst schon im Kindergarten beginnen.

Erfolg versprechen Ansätze, die auf eine Förderung sozialer Fähigkeiten und des Selbstwertgefühls von Kindern und Jugendlichen abzielen, die Beziehungskompetenzen von Lehrern und Erziehern stärken sowie in den Aufbau der Schulbindung junger Menschen investieren. Wichtig ist zudem, eine Kultur an der Schule zu entwickeln, bei der die Beachtung sozialer Regeln und eine konsequente Intervention bei Gewalttätigkeiten einen hohen Stellenwert haben.

Akteure, Beteiligte:

Eine effektive Förderung von Kindern schon im frühen Alter bedarf der Abstimmung von Kindergarten, Schule und Jugendhilfe. Schulleitung und Kollegium können anlassbezogen oder auf dem Wege der Schulentwicklung Programme der Gewaltprävention implementieren, wobei die Polizei beratend und unterstützend mitzuwirken vermag.

Die Schule ist ein besonders geeigneter Ort für Programme zur Prävention von Jugendgewalt.

Die Förderung sozialer Fähigkeiten und des Selbstwertgefühls junger Menschen ist ein Grundelement erfolgreicher Prävention.

Für Kinder aus benachteiligten Familien ist die vorschulische Förderung besonders wichtig.

5.1 Vorschulische Förderung von Kindern

Eine hochwertige vorschulische Förderung der Kinder vermindert das Risiko von schulischen Problemen und beugt in der Folge auch der Entstehung von Verhaltensproblemen vor. Oft wird die Förderung der Kinder mit Elternbildungsprogrammen verbunden. Als Erfolgsfaktoren der vorschulischen Förderung gerade auch von benachteiligten Kindern wurden u. a. identifiziert: die Förderung eines spielerischen Umgangs mit Sprache, eine Gruppengröße von höchstens 20 Kindern für mindestens zwei Lehrkräfte, ein aktiver Kontakt der Lehrkräfte zu den Eltern, eine fundierte Ausbildung und angemessene Weiterbildung der Lehrkräfte sowie Angebote, die über pädagogische Aspekte hinausgehen und dabei Bedürfnissen benachteiligter Kinder und deren Familien entsprechen (z. B. Mittagsangebote, Vermittlung an andere Sozialdienste) ¹⁰.

Beispiel: EFFEKT. Entwicklungsförderung in Familien ¹¹

EFFEKT ist ein Programm, das sich in ein Eltern- und ein Kindertraining aufgliedert. Der Präventionsansatz ist dabei universell, d. h., es wird keine spezielle Risikogruppe ausgewählt. Das Kindertraining richtet sich an Kindergartenkinder. Es will die Kinder befähigen, soziale Konflikte selbständig zu lösen. Anhand von Beispielen aus dem Alltag der Kinder wird ein festgelegtes Schema eingeübt. Dabei geht es um das Erspüren von Problemen, die Identifikation von Gefühlen oder Gründen für das Verhalten anderer, die Entwicklung von Lösungen für Probleme in der Interaktion, das Abschätzen der Folgen einer Handlung und die Bewertung der Handlung. Das Training ist für eine Gruppe von sechs bis zehn Kindern vorgesehen, der Zeitumfang beträgt drei bis fünf Wochen. Das Elterntraining zielt darauf, die Erziehungskompetenz und langfristig eine positive Eltern-Kind-Beziehung zu fördern. Es umfasst neben dem einführenden Elternabend im Kindergarten fünf Sitzungen zu je 90 bis 120 Minuten. Um auch allein erziehenden oder im Schichtdienst tätigen Eltern die Teilnahme zu ermöglichen, wird der Kurs je nach Bedarf nachmittags oder abends angeboten. Thematisiert werden Grundregeln einer positiven Erziehung, Spielregeln in der Familie, das Grenzen setzen in der Erziehung, Umgang mit Stress und Verhaltensproblemen des Kindes sowie die Unterstützung von Freundschaften des Kindes und die Förderung des Familienlebens.

¹⁰ Manuel Eisner, Denis Ribeaud, Stéphanie Bittel (2006): Prävention von Jugendgewalt. Prävention von Jugendgewalt. Wege zu einer evidenzbasierten Präventionspolitik; hrsg. von der Eidgenössischen Ausländerkommission EKA. Bern. S. 42f.

¹¹ www.oeffekt-training.de

Für das Programm konnten positive Wirkungen nachgewiesen werden, wobei sich bei der Kombination von Eltern- und Kindtraining die stärksten Effekte gezeigt haben. Zwei bis drei Monate nach dem Training lagen die Problemwerte bezüglich Störungen des Sozialverhaltens, von Hyperaktivität/Aufmerksamkeitsproblemen sowie von emotionalen Störungen der Kinder sowohl für das Eltern- als auch das Kindertraining niedriger als in der Kontrollgruppe. Auch zwei Jahre später konnte noch ein Effekt nachgewiesen werden: Beim Kinderkurs lag die Rate der Problemkinder um 60 % unter jener der Kontrollgruppe, beim Elternkurs 36 % und beim kombinierten Eltern-/Kindkurs 57 %¹².

5.2 Mediations- bzw. Streitschlichterprogramme an Schulen

Mediationsprogramme in Schulen zielen u. a. darauf ab, das Schulklima positiv zu beeinflussen und gewaltfreie Formen der Konfliktaustragung zu unterstützen. Sie müssen als gemeinsames Anliegen von Lehrerinnen und Lehrern, der Schulleitung, Schülerinnen und Schülern, der Schulsozialarbeit und letztlich auch von den Eltern getragen sein, um anhaltende Erfolge zu zeigen. Längerfristige Wirkungen von Schulmediation zeigen sich erst bei konsequenter Anwendung. Am stärksten, weil am nachhaltigsten, profitieren die jugendlichen Mediatorinnen und Mediatoren. Sie erwerben dauerhaft soziale Kompetenzen.

Mediationsprojekte erweisen sich vor allem dann als erfolgreich, wenn sie in ein Schulprogramm eingebunden und mit anderen Projekten der Gewaltprävention, etwa Trainings zu Sozial- bzw. Konfliktlösungskompetenzen verknüpft sind. Für den Umsetzungserfolg ist dabei die Einführungsphase von zentraler Bedeutung. Sie verlangt eine breit angelegte Information der Schüler, des Kollegiums und der Eltern. Auch die Unterstützung durch die Schulleitung, die Erwartung von Vorteilen unter den nicht direkt beteiligten Lehrkräften (z. B. Arbeitserleichterungen, Kompetenzzuwachs, bessere Kommunikation im Kollegium), eine gründliche Ausbildung der Mediatoren sowie regelmäßige Öffentlichkeitsarbeit innerhalb der Schule gehören zu den Erfolgsvoraussetzungen¹³.

Mediationsprojekte sollten in ein Schulprogramm zur Gewaltprävention eingebunden sein.

¹² Friedrich Lösel, Andres Beelmann, Marc Stemmler, Stefanie Jaurisch (2006): Prävention von Problemen des Sozialverhaltens im Vorschulalter. Evaluation des Eltern- und Kindertrainings EFFEKT. In: Zeitschrift für Klinische Psychologie und Psychotherapie, 35 (2), S. 127-139

¹³ Sabine Behn, Nicolle Kügler, Hans-Josef Lembeck, u. a. (2006): Mediation an Schulen – eine bundesdeutsche Evaluation. Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften. Vergleiche auch: www.evaluation-schulmediation.de

5.3 Schulprogramme zur Förderung sozialer Kompetenzen

Nicht die reine Wissensvermittlung, sondern erst das praktische Einüben von Sozialverhalten hilft.

Schulische Sozialkompetenztrainings bestehen in der Regel aus einem Programm von Lektionen, die in das sonstige Unterrichtsprogramm eingebettet und deren praktische Umsetzung (z. B. Anwenden von Regeln während des Schulalltags) eingeübt werden. Wirksame Programme werden in der Regel mindestens 60 Minuten pro Woche unterrichtet. Sozialkompetenzprogramme, die hauptsächlich mit aktiver Teilnahme, praktischen Übungen, Rückmeldungen an die Kinder und der Anwendung des Wissens im schulischen Alltag arbeiten, zeigen häufig positive Effekte. Programme dagegen, die sich eher auf die „klassische“ Methode der Wissens- und Kompetenzvermittlung durch Frontalunterricht, Übungsblätter und eventuell abschließende Diskussion stützen, können keine Effekte nachweisen ¹⁴.

Beispiel: Prävention im Team (PIT) ¹⁵

Das Präventionsprogramm PIT ist ursprünglich in Schleswig-Holstein entwickelt und inzwischen von anderen Ländern (Bayern, Brandenburg, Hessen, Rheinland-Pfalz) z. T. in modifizierter Form übernommen bzw. weiterentwickelt worden. Es zielt darauf ab, die sozialen Kompetenzen der Schülerinnen und Schüler sowie deren Persönlichkeitsentwicklung zu fördern, die Entwicklung von Problem- und Konfliktlösungskompetenzen zu unterstützen und das soziale Klima in den Klassen zu verbessern. Durch die Stärkung der Werteerziehung soll u. a. die Verantwortung für gefährdete Mitschülerinnen und Mitschüler geweckt und die Bereitschaft zur Zivilcourage gestärkt werden. Langfristig werden zudem verlässliche Strukturen der Zusammenarbeit zwischen den Schulen untereinander, mit der Polizei und mit anderen in der Präventionsarbeit tätigen Institutionen angestrebt. Das Programm wendet sich an alle Schularten und bezieht mehrere Themenbereiche mit ein. In der Regel wird der Themenbereich „Eigentumsdelikte“ in der sechsten Jahrgangsstufe, der Themenbereich „Gewalt“ ab der siebten Jahrgangsstufe und der Themenbereich „Sucht“ ab der achten Jahrgangsstufe behandelt. Lehrer, Polizeibeamte, z. T. auch externe Suchtberater und Richter werden für das Projekt ausgebildet und treten als Team in den Klassen auf. Die Unterrichtseinheiten bestehen nicht nur aus theoretischer Wissensvermittlung, sondern in gleichem Maße aus einem Training allgemeiner Lebenskompetenzen, das auf die Stärkung der Persönlichkeit abzielt.

Die Evaluation des Programms hat positive Befunde erbracht. In Bayern etwa wurde festgestellt, dass eine stärkere Wahrnehmung der Gesamtpersönlichkeit des Schülers bzw. der Schülerin durch die Lehrkraft erfolgt ist. Zudem wurde ein erhöhtes Problembewusstsein der Schülerinnen und Schüler bezüglich der angesprochenen Themen registriert, ein z. T. deutlich verbessertes Klassenklima sowie eine veränderte Haltung der Jugendlichen, die nun Lehrkräfte in weit stärkerem Maße als „Ansprechpartner“ sehen ¹⁶.

¹⁴ Manuel Eisner, Denis Ribeaud, Stéphanie Bittel (2006): Prävention von Jugendgewalt. Wege zu einer evidenzbasierten Präventionspolitik; hrsg. von der Eidgenössischen Ausländerkommission EKA. Bern. S. 44f.

¹⁵ Siehe etwa: www.polizei.schleswig-holstein.de/internet/vorbeugung-und-beratung/aktionen-undprojekte/praevention-im-team/startseite.html

¹⁶ www.stmuk.bayern.de/km/aufgaben/gewaltpraevention/pit/

5.4 Programme zur Verbesserung des Schulklimas und der Durchsetzung von Regeln und Ordnungen

Programme zur Verbesserung des Schulklimas und der Durchsetzung von Regeln und Ordnungen betrachten die Schule oder eine Schulklasse als Ganzes und versuchen, die Interaktionen zwischen den Schülerinnen bzw. Schülern positiv zu verändern. Sie zielen auf die Vermittlung von Verhaltensregeln und ihre Durchsetzung im schulischen Alltag und beziehen die Eltern aktiv mit ein. Bei der Regeldurchsetzung wird insbesondere auch auf die Bereitschaft der Lehrkräfte abgehoben, im Falle wahrgenommener Gewalthandlungen konsequent einzuschreiten.

Der Handlungsansatz ist durch das international wie auch in Deutschland als wirksam evaluierte Anti-Bullying-Programm von Olweus bekannt geworden, das sich auf folgende Prinzipien stützt: Warmherzigkeit, Interesse und Engagement der Erwachsenen für die Kinder und Jugendlichen aufbringen; feste Grenzen für unakzeptables Schülerverhalten setzen; konsequente aber nicht feindselige Reaktionen bei Regelverletzungen zeigen, ein gewisses Maß an Beobachtung und Kontrolle praktizieren; als Erwachsener als Autorität handeln und auftreten. Die Interventionen erstrecken sich auf drei Ebenen: Auf der Ebene der gesamten Schule werden Verhaltensregeln entwickelt und ihre Einhaltung konsequent überwacht. Auf der Klassenebene werden diese Regeln mit den Schülerinnen und Schülern reflektiert und im Klassenzimmer umgesetzt. Hierzu gehört auch, eine Kultur des Lobens und der Anerkennung zu schaffen. Auf der individuellen Ebene schließlich stehen bei entsprechenden Vorkommnissen die gewalttätigen oder drangsalierenden Kinder bzw. Jugendlichen, deren Opfer sowie die betroffenen Eltern im Fokus.

Die Durchsetzung verbindlicher Verhaltensregeln und eine Kultur des Lobens und der Anerkennung an Schulen gehören zusammen.

Beispiel: Konflikt-KULTUR[®] 17

Das Präventions- und Fortbildungsprogramm Konflikt-KULTUR[®] knüpft an wesentliche Elemente des Anti-Bullying-Programms von Olweus an. Es richtet sich vorrangig an Lehrerinnen und Lehrer, um ihnen Methoden zu vermitteln, wie sie einen respektvollen Umgang in der Schule, störungsfreien Unterricht, gewaltfreie Konfliktlösungen sowie Wiedergutmachung für die Opfer von gewalttätigen Auseinandersetzungen verwirklichen können. Ziel ist es zudem, Gewalt, Fremdenfeindlichkeit, Sucht sowie andere Verhaltensauffälligkeiten zu verhindern oder zu reduzieren. Alltägliche Konflikte an Schulen sollen aufgegriffen und bearbeitet werden. Sie gelten als wertvolle Gelegenheiten zur Entwicklung persönlicher und sozialer Kompetenzen und zur Vermittlung verbindlicher Werte. Das Fortbildungsangebot umfasst verschiedene Module, die jede Einrichtung nach ihren Bedürfnissen und Möglichkeiten auswählen kann. Dazu gehören Fortbildungen für Lehrkräfte zu Regeln des Zusammenarbeitens, um eine konstruktive Arbeitsatmosphäre zu schaffen, sowie Fortbildungen zu Regeln des Zusammenlebens, um Schüler/innen zu unterstützen, sich in der Klasse eine Atmosphäre von Zusammenhalt und gegenseitiger Wertschätzung zu schaffen.

In Fortbildungen zur Mediation können Lehrer/innen diese Methode selbst einsetzen und Schüler/innen darin ausbilden, die dann als Konfliktlotsen oder Schüler-Mediatoren arbeiten. Schließlich wurde auch eine spezielle Form des Täter-Opfer-Ausgleichs für Schulen entwickelt, wobei Täter mit der Opferperspektive konfrontiert werden und eine persönliche Wiedergutmachung leisten sollen. Das Programm ist zur Anwendung bei verschiedenen Schularten vorgesehen.

Untersuchungen belegen, dass eine Mehrheit sowohl der befragten Schüler als auch der Mediatoren positive Veränderungen in der Gewalthäufigkeit beobachtet hat, während es bei den Lehrkräften knapp die Hälfte war. Darüber hinaus wurden durch die Schüler und Mediatoren Verbesserungen im Klassenklima sowie bei den Konfliktlösungskompetenzen festgestellt ¹⁸.

5.5 Programme zur Koordinierung und Vernetzung von Präventionsangeboten

Gemeinsame Standards aller Bildungsträger können die Wirkung und Nachhaltigkeit von Prävention erhöhen.

Programme zur Koordinierung und Vernetzung von Präventionsangeboten setzen an bestehenden Angebotsstrukturen an und zielen auf gemeinsame inhaltliche Standards in der Gewaltprävention, so dass Kindern von klein auf dieselben Regeln des sozialen Miteinanders vermittelt werden können. Durch gutes Projektmanagement, das ein funktionierendes Ineinandergreifen der beteiligten Institutionen gewährleistet, können die Möglichkeiten und die Wirksamkeit des Mehrebenenansatzes besser ausgeschöpft werden.

¹⁸ Manuela Glattacker, Eva-Maria Engel, Franz Hilt, Thomas Grüner, Christoph Käppler (2002): Ist Gewaltprävention an Schulen wirksam? Eine erste Bilanz über das Präventionsprogramm „Konflikt-Kultur“. In: Psychologie in Erziehung und Unterricht, 49, S. 141-150

Beispiel: Prävention als Chance - Schulbezogene Gewaltprävention im Verbund ¹⁹

„PaC - Prävention als Chance“ ist ein vom Landeskriminalamt Niedersachsen, dem Gemeinde-Unfallversicherungsverband Hannover und der Landesschulbehörde in Hannover entwickelter Ansatz zur schulbezogenen Gewaltprävention für ganze Kommunen. Dabei wird das bestehende Angebot zur Gewaltprävention verschiedener Anbieter in Form eines Bausteinsystems inhaltlich und methodisch aufeinander abgestimmt. Örtlich spezifische Bausteine, wie z. B. das Zusammenwirken von Bildungseinrichtungen und Jugendhilfe, entwickeln die Kooperationspartner gemeinsam. Sämtliche Bildungsträger einer Gemeinde, eines Schulbezirks oder einer Region einigen sich auf gemeinsame Standards der Erziehung zu gewaltfreiem Konfliktverhalten und Regeln des Zusammenlebens in Bildungseinrichtungen, die zur Richtschnur in jeder dieser Einrichtungen werden. Das Programm umfasst drei Säulen, nämlich die Vermittlung von sozialen Kompetenzen, die Intervention bei Konflikten sowie die Einzelfallhilfe. Wesentliche Ziele hierbei sind die Förderung und Stärkung sozialer Kompetenzen für den Umgang mit Konflikten, die Verbesserung des Gruppen-, Klassen- und Schulklimas sowie die Reduzierung von Gewalt und anderen Regelverletzungen.

Lehrkräfte oder Erzieher/innen werden im Trainieren von Sozialkompetenzen und der Intervention bei Konflikten so weitergebildet, dass sie dauerhaft das Erlernte an ihr Kollegium bzw. an Kinder oder Jugendliche weitergeben können. Die Leitungen der Bildungseinrichtungen unterstützen dabei die Umsetzung. Ein Elternkursangebot fördert die häusliche Erziehungskompetenz. Kindern und Jugendlichen, die mehr brauchen als Sozialtraining und Konfliktintervention, soll Einzelfallhilfe vermittelt werden. Dafür ist eine funktionierende Kooperation zwischen den Bildungseinrichtungen und der Jugendhilfe erforderlich. Wesentlicher Baustein der Jugendhilfe ist u. a. ein Patenschaftsprojekt.

Erste Ergebnisse einer Evaluation von „PaC“ weisen auf positive Wirkungen hin. So zeigt die Lehrkräftebefragung am Pilotstandort z. T. signifikante Verbesserungen sowohl des Klassen- und Schulklimas als auch des Konfliktverhaltens der Schüler/innen an den Programmschulen, die an den Vergleichsschulen nicht festgestellt wurden. Auch die Konfliktbearbeitung an den Programmschulen ist nach Einschätzung der Lehrkräfte im Gegensatz zu den Vergleichsschulen deutlich verbessert. Nach Durchführung weiterer Evaluationsschritte wird eine Gesamtbewertung 2009 vorliegen.

¹⁹ www.polizei.niedersachsen.de/dst/lka/praevention/kinder_jugend/pac/index.php

5.6 Programme zur Vermeidung von Schulabsentismus

Häufiger Schulabsentismus kann als Symptom verstanden werden, das in zahlreichen Fällen auf das Vorliegen persönlicher Probleme und sozialer Belastungen der Jugendlichen verweist. In entsprechender Ausprägung stellt das Verhalten eine Art Risikomarker für gewalttätiges und delinquentes Handeln der Jugendlichen dar, indem es eine ohnehin schon belastete Lebenssituation zusätzlich verstärkt. Untersuchungen über Bildungs- und Berufswege von jugendlichen Mehrfach- und Intensivstraftätern zeigen, dass bei fast allen Befragten eine den Straftaten vorausgegangene Karriere als Schulschwänzer vorlag. Schüler mit hohen Absentismusraten stellen u. a. deshalb eine wichtige Zielgruppe für Präventionsmaßnahmen dar.

Das schnelle Erkennen von Schulverweigerern, die Ursachenforschung und Hilfeangebote sollten im Vordergrund stehen.

Projekte allerdings, die nur auf eine Senkung der Absentismusrate gerichtet sind, können unter kriminalpräventiven Aspekten wirkungslos oder sogar kontraproduktiv sein. Zu den Gründen für Schulabsentismus gehören nämlich aus Sicht der Schüler/innen auch schulbezogene Faktoren wie z. B. Konflikte mit Lehrern oder Mitschülern, ein schlechtes Schul- oder Klassenklima oder Mobbing durch Mitschüler. Wichtig ist deshalb, die hinter dem Schulschwänzen im Einzelfall liegenden Ursachen zu erkennen. Entsprechend sollten Programme gegen Schulabsentismus nur im Verbund mit schulbezogenen Programmen zur Kriminalprävention, die auch die Situation in der jeweiligen Schule im Fokus haben, eingeführt werden.

Beispiel: „PROGESS“ – Pilotprojekt der Niedersächsischen Landesregierung zur Vermeidung von unentschuldigter Abwesenheit vom Unterricht ²⁰

Das Modellprojekt zielt darauf ab, sowohl die Kommunikationsstrukturen zwischen Elternhaus und Schule als auch das Beratungs- und Hilfesystem in den Schulen auszuweiten, zu spezifizieren und zu verbessern. Schulen sollen ermutigt werden, vorrangig mit erzieherischen Mitteln auf das Fernbleiben vom Unterricht zu reagieren. Im Einzelnen sollen vertraglich verbindliche Vereinbarungen zwischen Schulen und Erziehungsberechtigten getroffen werden. Schulverweigerer werden aufgesucht und ein individuelles Hilfeangebot erarbeitet. In den Schulen werden Helferteams aus Beratungs- und Vertrauenslehrkräften, Schulpsychologen, Mitarbeitern kommunaler sozialer Dienste, Erziehungsberatungsstellen, Schulsozialarbeitern und Schulärzten gebildet. Sie sollen den Schulklassen persönlich bekannt sein. Polizeibeamte sollen in kriminalpräventiv begleitenden Maßnahmen (z. B. Kontrollen im öffentlichen Raum, ÖPNV-Haltestellen, Kaufhäusern, Gaststätten, Spielhallen, Bahnhöfen) in Abstimmung mit Schule und Jugendamt mögliche Schulverweigerer ansprechen und sie auffordern, den pflichtgemäßen Unterricht zu besuchen.

Das Schulschwänzen konnte an den Modellstandorten vermindert werden. Die Schulschwänzerrate ging von 4,0 % im Jahr 2000 auf 1,6 % im Jahr 2004 zurück. 18,5 % der Befragten gaben an, im Jahr 2000 mehr als fünf Tage die Schule geschwänzt zu haben. Im Jahr 2004 waren es nur noch 10,9 %. Die Kriminalität im Bereich des Ladendiebstahls ging zurück.

²⁰ www.kriminalpraevention.niedersachsen.de/nano.cms/de/Progress

6. Prävention bei jungen Menschen mit Migrationshintergrund

Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund sind überdurchschnittlich häufig unter benachteiligten Familien bzw. Familien mit problematischem Erziehungsverhalten zu finden. Dies betrifft in besonderem Maße junge Menschen von Zuwandererfamilien aus der Türkei sowie aus Gebieten der ehemaligen Sowjetunion. Risikofaktoren der Gewalt sind hier u. a. die oft geringen Bildungschancen sowie ein kulturell geprägtes Bild von der Männerrolle, das Gewalt als Mittel der Konfliktaustragung als gerechtfertigt ansieht.

Nicht immer wird in den Blick genommen, dass zahlreiche Migranten aus Kriegs- oder Bürgerkriegsregionen stammen. In diesen Ländern ist oder war das Gewaltmonopol des Staates lange Zeit stark beeinträchtigt oder hat sich kollektiv gegen ganze Bevölkerungsgruppen gerichtet. Die Gewalterfahrungen der betroffenen Menschen prägen z. T. noch in der Generationenfolge ihr Denken und Handeln und verschärfen eine kulturell vorhandene Bereitschaft zur gewaltsamen Lösung von Konflikten zusätzlich.

Nicht wenige Migranten bringen aus ihren Herkunftsländern Kriegserfahrungen mit.

Präventionsprogramme für Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund unterscheiden sich vom Ansatz her nicht grundlegend von anderen Programmen, die auf benachteiligte und belastete Zielgruppen ausgerichtet sind. Allerdings bestehen hier oft andere und schwierigere Voraussetzungen, die Menschen mit Präventionsangeboten zu erreichen. Barrieren ergeben sich teilweise durch mangelnde Sprachkenntnisse, vor allem aber durch die fehlende Vertrautheit oder sogar ausgeprägte Skepsis gegenüber präventiven Maßnahmen, u. a., weil diese manchmal als (unberechtigter) Eingriff in das Familienleben aufgefasst werden. Daneben spielen auch unregelmäßige Arbeitszeiten der Eltern oder nicht aufzubringenden Kosten, z. B. für Elternbildungskurse, eine Rolle.

Menschen mit Migrationshintergrund sind oft nur schwierig mit Präventionsangeboten zu erreichen.

Um Menschen mit Migrationshintergrund für eine Mitarbeit zu gewinnen, sind oft langfristig angelegte Konzepte zur Information und Motivation erforderlich. Dazu gehört in der Regel, die Angebote an die Zielgruppe heranzutragen („Bringstruktur“ der Prävention). Hierbei muss im Vorfeld jedoch oft erst eine ausreichende Vertrauensbasis geschaffen werden. Um Zugang zur Zielgruppe zu finden, bedarf es häufig Personen, die denselben ethnischen Hintergrund haben wie diejenigen, an die sich die präventiven Maßnahmen richten.

„Bringstruktur“ der Prävention ist erforderlich.

Sehr hilfreich ist es, Migrantenkinder schon frühzeitig in den Kindergarten einzubinden, weil damit zum einen ihre sprachliche Entwicklung und andererseits die Ausbildung sozialer Kompetenzen unterstützt werden.

Akteure, Beteiligte:

Da Migranten bzw. Menschen mit Migrationshintergrund in aller Regel durch ihre Herkunftskultur geprägt sind, werden alle Institutionen, die für diese Zielgruppen Angebote bereithalten (z. B. Kindergärten, Schulen, Jugendamt oder Polizei) interkulturelle Kompetenzen in ihre Arbeit einzubringen haben.

6.1 Förderung der Integration in Kindergärten

Eine möglichst frühe soziale Einbindung der Migrantenkinder durch den Aufbau von Kontakten zu „einheimischen“ Kindern und Jugendlichen begünstigt das wechselseitige Verständnis für andere Kulturen, verhindert Ausgrenzungstendenzen und baut Konfliktpotenziale ab. Eine Maßnahme besteht z. B. darin, im Falle von Belegungsengpässen einen bestimmten Anteil an Kindergartenplätzen für Migrantenkinder freizuhalten. Gleichzeitig ist für dieses Angebot bei Migrantenfamilien zu werben, damit es tatsächlich genutzt wird.

6.2 Elternbildung für Migranten

Für die Akzeptanz von Elternbildungsangeboten bei Migranten ist in der Regel eine längerfristige Informationsarbeit erforderlich. Fremdsprachige Elternkurse müssen, begleitet von entsprechender Öffentlichkeitsarbeit, über mehrere Jahre kontinuierlich angeboten werden. Erfolg versprechend ist der Ansatz, die Bildungsarbeit bei bildungsfernen und gesellschaftlich wenig integrierten Gruppen durch informelle, persönliche Kontakte und Gespräche vorzunehmen und nicht über Vorträge oder schriftliche Informationen. Erfahrungsgemäß werden Maßnahmen für Eltern wie Elternseminare oder Elternabende meist nur von denen wahrgenommen, die auch für anderweitige Unterstützung, Literatur oder Beratung in Gesundheits- und Erziehungsfragen relativ aufgeschlossen sind. Für bildungsferne Eltern stellt jedoch die Öffentlichkeit solcher Veranstaltungen oftmals eine unüberwindbar große Hürde dar.

Beispiel: FemmesTische – Erziehende im Gespräch ²¹

FemmesTISCHE ist ein Angebot für Frauen, die mit traditionellen Veranstaltungen der Erwachsenenbildung wie Kurse und Vorträge, durch Mütter-Treffs oder durch Beratungsstellen nur schwer zu erreichen sind. Ziel ist es, die sozialen Kontakte der Erziehenden zum nachbarschaftlichen Wohnumfeld zu fördern, sie für gesundheitliche, sucht-präventive und erzieherische Themen zu sensibilisieren und ihre sozialen Kompetenzen (z. B. das Kommunikationsverhalten oder das Vertrauen in eigene erzieherische Fähigkeiten) zu stärken. Das Projekt wird auch speziell für Menschen mit Migrationserfahrungen durchgeführt. Bei FemmesTISCHE laden zuvor an einem Wochenende ausgebildete Moderatorinnen aus dem jeweiligen Kulturkreis andere Frauen zu sich nach Hause ein, um miteinander über ein vorher vereinbartes Thema, (z. B. Erziehungsfragen oder Gesundheitsprobleme) zu sprechen. Die Moderatorin führt durch die eineinhalb bis zweistündige Gesprächsrunde und sucht unter den Gästen eine neue Gastgeberin für das nächste Treffen. Dabei geht es nicht um die Gründung von kontinuierlichen Gruppen, sondern um die Initiierung von Begegnungen nach dem Schneeballsystem.

Im Rahmen einer Evaluation konnte nachgewiesen werden, dass FemmesTISCHE die Menschen niedrigschwellig erreicht. So berichteten 44 % der teilnehmenden Migrantinnen, dass sie in vergangenen Monaten nicht auf anderweitige Angebote zur Information oder zum Austausch über Erziehungsfragen zurückgegriffen hatten.

²¹ www.statistik-portal.de/FFKom/Praxisbeispiele/detail.asp?316011.1.xml

Informationen zur Originalkonzeption aus der Schweiz finden sich unter: www.femmesatische.ch

7. Prävention in Bezug auf sozialräumliches Umfeld und nachbarschaftliche Entwicklung

Das sozialräumliche Umfeld hat einen Einfluss auf die dort lebenden bzw. sich aufhaltenden Menschen. Insbesondere Jugendliche sind häufig auf ihr unmittelbares Umfeld angewiesen, unabhängig von ihren sonstigen, individuellen oder familienbezogenen Lebensumständen. In vernachlässigten oder heruntergekommenen Wohnvierteln, die soziale Unordnung signalisieren, ergeben sich in der Regel zahlreiche Problemlagen, auch mit der Folge eines wachsenden Gewaltrisikos. Eine hohe Wohnfluktuation bei schwachem sozialem Zusammenhalt, fehlende Freizeitangebote für Jugendliche sowie eine geringe soziale Kontrolle im Wohnviertel bilden ein Umfeld, in dem Konflikte bzw. die Bereitschaft zu gewalttätigem Handeln begünstigt werden. Erfolg versprechend sind hier Programme, die nachbarschaftliche Bindungen und bürgerschaftliches Engagement im und für das Wohnviertel steigern, sowie Programme, die eine Förderung von strukturierten Freizeitaktivitäten von Jugendlichen mit der Vermittlung sozialer Regeln verbinden.

Soziale Bindungen und die Identifikation mit dem eigenen Wohnviertel wirken Gewalt entgegen.

Akteure, Beteiligte:

An sozialräumlich ausgerichteten Programmen sind alle lokalen Behörden und Einrichtungen zu beteiligen, die mit Jugendlichen zu tun haben (vor allem Kommune, Jugendamt, Ordnungsamt, Polizei, freie Träger der Jugendhilfe), sowie die an Konflikten beteiligten bzw. von Konflikten betroffenen Bewohner und Jugendlichen. Die Bereitstellung von strukturierten Freizeit- und Betreuungsangeboten ist Kernaufgabe der ehrenamtlichen Jugendarbeit und der professionellen Jugendsozialarbeit. Innerhalb einer Kommune stellen zudem Vereine wichtige zivilgesellschaftliche Akteure dar, die zur Vermittlung sozialer Normen und zur sozialen Integration der Jugendlichen beitragen können.

7.1 Programme zur Förderung der nachbarschaftlichen Entwicklung

Nachbarschaftlich ausgerichtete Präventionsprogramme werden meist gezielt in Gengen bzw. Wohnvierteln aufgelegt, wo es zu einer Ballung von Problemen bzw. Konflikten oder zu einer erhöhten Gewaltbelastung kommt. Derartige Programme zielen auf die Stärkung des Gemeinwesens und auf die Verbesserung des sozialen Miteinanders. Eine Form nachbarschaftlicher Prävention ist es, bei konkreten Konflikten im öffentlichen Raum anzusetzen, die unter Umständen schon lange Zeit schwelen und das Zusammenleben sowie die Lebensqualität der einzelnen Bewohnerinnen und Bewohner mehr oder minder stark einschränken.

Beispiel: „Wir kümmern uns selbst“ – ein Modellprogramm zur Kriminalitätsprävention im Kindes- und Jugendalter ²²

„Wir kümmern uns selbst“ ist ein vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend gefördertes Modellprogramm, das bundesweit an sieben Standorten erprobt wird. Es zielt auf eine wirksame Bearbeitung von Konflikten im öffentlichen Raum, wobei im Mittelpunkt Probleme stehen, an denen Kinder und Jugendliche beteiligt sind. Bearbeitet werden beispielsweise Territorialstreitigkeiten zwischen verschiedenen Gruppen von Jugendlichen oder Streitigkeiten zwischen jungen Menschen und Erwachsenen um die Nutzung öffentlicher Plätze. Die Beteiligten im betreffenden Sozialraum entwickeln dabei Ansätze zur Konfliktbearbeitung, die an dem konkreten Problem und den dortigen lokalen Ressourcen (z. B. Mediationserfahrungen, finanzielle Ressourcen oder Räumlichkeiten) orientiert sind. Grundlage für die Konfliktbearbeitung ist eine institutionen- und professionsübergreifende Vernetzung, die es ermöglicht, gemeinsam neue Wege der Konfliktbearbeitung zu entwickeln.

Bei der Umsetzung wirken Jugendliche und erwachsene Konfliktbeteiligte „auf gleicher Augenhöhe“ und als aktive Partnerinnen und Partner mit. Alle Beteiligten werden unter Berücksichtigung ihres Alters sowie ihres sozialen und kulturellen Hintergrunds frühzeitig und verantwortlich in die Lösung der Konflikte einbezogen. Die Unterstützung durch professionelle Beratende richtet sich dabei an den Bedürfnissen der Konfliktparteien aus. Vor der Konfliktbearbeitung findet zunächst eine solide Konfliktanalyse unter Einbeziehung möglichst vieler betroffener Institutionen und Bevölkerungsgruppen statt. Im Weiteren werden Teams gebildet, welche die Beteiligten und die verschiedenen Schritte der Konfliktbearbeitung koordinieren. Institutions- und professionsübergreifende Arbeitsgruppen kümmern sich um Teilbereiche der Konfliktbearbeitung bzw. einzelne Projekte.

Der Erfolg bei der Umsetzung des Programms hängt wesentlich davon ab, wie gut die Vernetzung im Sinne einer abgestimmten Zusammenarbeit etabliert werden kann und wie intensiv und anhaltend tatsächlich Zeit in das Programm investiert wird. Mehrere Standorte berichten über eine verbesserte Zusammenarbeit der verschiedenen Akteure. Es zeichnet sich ab, dass an die lokalen Bedingungen angepasste Ansätze der Konfliktbearbeitung entwickelt werden können. An einzelnen Standorten haben sich Jugendliche und Anwohner bzw. Anwohnerinnen aktiv in die Konfliktbearbeitung eingebracht. Die bisherigen Ergebnisse deuten darauf hin, dass die Beteiligten ihr Repertoire zur Bearbeitung von Konflikten zunehmend erweitern ²³.

²² www.wir-kuemmern-uns-selbst.de

²³ Das Programm wird vom Deutschen Jugendinstitut e. V. wissenschaftlich begleitet. Siehe dazu: www.dji.de/wikus

7.2 Strukturierte Freizeit- und Betreuungsangebote

Maßnahmen zur Strukturierung von Freizeitaktivitäten bei Kindern und Jugendlichen können insbesondere in benachteiligten und ethnisch heterogenen Wohnvierteln erforderlich sein. Programme, die positive Ergebnisse vorweisen, sind für Kinder und Jugendliche attraktiv, aber zugleich auf klare Erziehungsziele ausgerichtet: Sie fördern die sozialen Kompetenzen der Jugendlichen und beziehen die Eltern mit ein. Ohne präventiven Nutzen sind dagegen Programme, die sich weitgehend auf das Anbieten von Freizeitaktivitäten beschränken ²⁴.

Reine Freizeitprogramme tragen nicht zur Gewaltreduktion bei.

Beispiel: ESG-Jugendkonzept der Eisenbahnersportgemeinschaft Kornwestheim ²⁵

Das Jugendkonzept der Eisenbahnersportgemeinschaft Kornwestheim ist 1994 entstanden, nachdem es in den Fußballjugendmannschaften des Vereins zu schweren Problemen (Spielabbrüche, Schlägereien, Vandalismus) gekommen war. Das Konzept umfasst drei Ebenen: Auf der erzieherischen Ebene werden ein Ordnungsrahmen für den Umgang zwischen Trainer und Spieler sowie Regeln für das Verhalten auf dem Vereinsgelände und bei Spielen festgelegt. Die Regeln werden von Trainer und Spieler gemeinsam erarbeitet, vereinbart und konsequent eingefordert. Die soziale Ebene umfasst u. a. eine Zusammenarbeit mit der stadtteilnahen Sozialarbeit sowie die Mitarbeit an der Ganztagschule. Jugendliche erhalten Unterstützung z. B. in Form von Hausaufgabenbetreuung oder bei der Lehrstellensuche. Auf der sportlichen Ebene schließlich werden die Jugendlichen dazu angeleitet, Regeln der Fairness zu beachten und sie über den sportlichen Erfolg zu stellen. Die Eltern sind in das Konzept u. a. durch Elternabende und Elternbesuche mit einbezogen.

Nach vier bis fünf Jahren Projektdauer ging die Zahl der Sportgerichtsverfahren von bis zu 20 pro Jahr auf zwei bis vier pro Jahr zurück. Aggressionen während des Trainings haben fast vollständig aufgehört und die wenigen harten Konfliktfälle konnten durch Mediationsverfahren gelöst werden.

47

7.3 Gemeinwesenorientierte Polizeiarbeit

Jugenddelinquenz ist häufig in solchen Gebieten überdurchschnittlich hoch, in denen sich soziale Problemlagen ballen und insgesamt die Bereitschaft geschwächt ist, sich an Recht und Ordnung zu halten. Entsprechend besteht in diesen Gebieten keine ausgeprägte Neigung zur Zusammenarbeit mit der Polizei und die Polizei genießt wenig Vertrauen. Es scheint deshalb Erfolg versprechend, in wirtschaftlich benachteiligten oder multiethnischen Wohngebieten eine verbesserte Vertrauensbasis zwischen Bevölkerung und Polizei zu schaffen. Dabei ist anzustreben, alle Bevölkerungsgruppen in den Prozess der Problemidentifikation und der Problemlösung einzubinden und zu beteiligen. Vertrauensbildende Maßnahmen der Polizei können u. a. durch bürgernahe Kontaktbeamte eingeleitet werden, die Sicherheitsbedürfnisse in der Wohnbevölkerung aufgreifen, oder durch die Entwicklung und Information über Präventionsangebote unter Beteiligung verschiedener lokaler Gruppen und Initiativen.

Bürgernahe Polizeiarbeit schafft Voraussetzungen zur Lösung von Gewaltproblemen.

²⁴ Eisner, Manuel, Denis Ribeaud, Stéphanie Bittel: Prävention von Jugendgewalt. Wege zu einer evidenzbasierten Präventionspolitik; hrsg. von der Eidgenössischen Ausländerkommission EKA. Bern. S. 55

²⁵ www.tvkornwestheim.de

Beispiel: Das Programm „Mut gegen Gewalt“ in Bremerhaven ²⁶

Im Jahr 2001 wurde durch den Präventionsrat Bremerhaven im Stadtteil Geestemünde die Aktion „Mut gegen Gewalt“ ins Leben gerufen, die das Prinzip der Zivilcourage wiederbeleben soll. Auslöser des auf zunächst sechs Jahre angelegten Programms waren zum einen Probleme im Bereich der Straßenkriminalität sowie eingeworbene EU-Gelder des Stadtplanungsamts für den Umbau des Stadtteils. Mit der Neugestaltung und der dadurch deutlich erhöhten Attraktivität des Marktplatzes sollen die sozialen Kontakte der Bewohner intensiviert und eine Revitalisierung des gesamten Stadtteils erreicht werden. Ziel des präventiven Arbeitsansatzes ist es, durch ein zielgerichtetes Zusammenwirken aller Stadtteilinstitutionen und die Einbindung der Bürger ein soziales Klima zu schaffen, in dem Kriminalität zurückgedrängt wird. Für die unterschiedlichen Einflussbereiche im Stadtteil (Schulen, Kirchen, Vereine, Kinder-, Jugend- und Elternarbeit, Kaufmannschaft, Polizei) sollen jeweils eigene Formen der Auseinandersetzung mit dem Thema entwickelt werden.

Das Programm hat als Initiative des Stadtplanungsamtes und der Polizei Bremerhaven von Anfang an eine systematische Planung erfahren. Zunächst ist es über lokale Medien, Stadtteilstefest, Theaterveranstaltungen, Gespräche usw. bekannt gemacht worden. Die erste Programmphase umfasste dann zunächst zehn Einzelprojekte. In der zweiten Phase sollte insbesondere die Vernetzung von Institutionen in Geestemünde verbessert werden. Die dritte Phase schließlich bestand in der Ausweitung der Kampagne auf die gesamte Stadt. Sie wurde – befördert durch die Dynamik des Programms im Stadtteil Geestemünde – von verschiedenen örtlichen Einrichtungen, u. a. Wohnungsbaugesellschaften und der Bürgerstiftung mitfinanziert. Im Ergebnis sind in Bremerhaven u. a. Schul-, Kinder- Lehrer- und Elternprojekte (Streitschlichtung, soziales Kompetenztraining, Gewaltreduzierungstrainings), künstlerische Projekte (Musicals, Schwarzlichttheater, Polizeipuppenbühne), Suchtpräventions-, Gender- und Antirassismusprojekte sowie Stadtteil- (z. B. „Nacht der Jugend“) und Vernetzungsarbeit unter der Dachmarke „Mut-gegen-Gewalt“ geplant und realisiert worden.

Das Programm wird in seinen einzelnen Phasen wissenschaftlich begleitet ²⁷. Jedes Einzelprojekt bekam eine zusammenfassende Bewertung sowie eine Empfehlung, ob und wie weiter verfahren werden sollte. Die Zielsetzungen des Programms und der einzelnen Projekte konnten dabei weitgehend bestätigt werden. Für das Polizeirevier Geestemünde konnte über einen Fünfjahreszeitraum ein leichter Rückgang der polizeilich erfassten Fälle von Straßenkriminalität festgestellt werden. Dabei ist die Anzeigebereitschaft in der Bevölkerung merklich angewachsen.

²⁶ Zu Evaluationsergebnissen siehe etwa: Rainer Hoffmann, Falco-Michael Schmidt (2007): Evaluation eines Netzwerkes zur kommunalen Kriminalprävention - Die Aktion "Zivilcourage - Mut gegen Gewalt" in Bremerhaven. Berlin/Köln

²⁷ www.mut-gegen-gewalt.de

8. Intervention bei jugendlichen Mehrfachtätern

Bei Jugendlichen, die mehrfach Straftaten begangen haben, sind oft besondere Anstrengungen erforderlich, um eingeübte und subjektiv als „erfolgreich“ erscheinende Verhaltensweisen zu verändern und eine zukunftsgerichtete soziale Entwicklung zu fördern. Dazu gilt es, nicht nur defizitäre Lebenssituationen zu verbessern, sondern auch alternative Zukunftsaussichten aufzuzeigen. Im Falle von wiederholtem und schwerem Fehlverhalten kommt es auf eine zügige (d. h. nicht unbedingt, schwere) Sanktionierung an, deren Zusammenhang mit der Tat für den Jugendlichen noch erkennbar sein muss, um persönliche „Fehlbilanzierungen“ zu vermeiden. Darüber hinaus kann „tatnah“ eine sozialtherapeutische Bearbeitung durch geschultes Personal eingeleitet werden.

Es kommt darauf an, defizitäre Lebenssituationen zu verbessern und alternative Zukunftsaussichten aufzuzeigen.

Insgesamt ist eine zwischen verschiedenen Institutionen abgestimmte Reaktion bei der Vermittlung von Hilfeangeboten und der Einleitung von Sanktionen notwendig. Als hilfreich hat sich die Einführung des Wohnortprinzips in der Polizei erwiesen, weil dadurch die Zusammenarbeit mit anderen Stellen, die sich ebenfalls nach dem Wohnortprinzip richten, effektiver gestaltet werden konnte.

Akteure, Beteiligte:

Maßnahmen von Polizei, Jugendamt, Allgemeiner Sozialdienst, Jugendgerichtshilfe, Bewährungshilfe und Staatsanwaltschaft sind eng aufeinander abzustimmen. Hilfen können insbesondere auch auf den familiären Bereich der Jugendlichen zu richten sein.

8.1 Trainingsprogramme für delinquente Jugendliche

Trainingsprogramme, deren Ziele über die Vermeidung unmittelbar drohender oder wahrscheinlich erscheinender Haft hinausgehen, wollen weit mehr erreichen als die Herstellung von Einsicht und Reue über problematisches Verhalten bzw. dessen Bestrafung: Sie richten sich auf die Entlarvung von Rechtfertigungen, die Verantwortungsübernahme für begangene Taten und ihre Folgen, das Erkennen von wiederkehrenden Aggressionsauslösern, den Umgang mit Suchtmitteln, die Weckung von Mitgefühl für Opfer, die generelle Einhaltung von Regeln, die Erhöhung von Frustrationstoleranz, die systematische Erweiterung des Verhaltensrepertoires, das Erlernen vorausschauenden Verhaltens sowie die Steigerung verbaler, schriftlicher oder anderer nicht gewalttätiger Ausdrucksformen. Insbesondere geht es auch um die Erschließung persönlicher Ressourcen und Veränderungswünsche für die Planung einer damit zu bewältigenden Zukunft.

Einsicht und Reue über das Fehlverhalten sind notwendig, aber nicht hinreichend für eine dauerhafte Verhaltensänderung.

Suchtmittelkonsum kann ein starker Einflussfaktor von Gewalt sein und eine Suchtbehandlung anzeigen.

Die Trainingsprogramme stellen damit eine nicht nur geringfügige soziale Intervention, sondern einen Eingriff in die Persönlichkeit dar, der jedoch aufgrund von problematischen, lebensgeschichtlich erworbenen Dispositionen für eine nachhaltige Verhaltensänderung geboten scheint. Wie bei den meisten verhaltenswirksamen Interventionen kommt es nicht nur auf die Art der Methode, sondern auch auf die Person des Trainers oder Therapeuten und auf die (Er-) Lebbarkeit der Verhaltensänderungen im Alltag der Jugendlichen an, um „erzieherische“ Wirkungen zu entfalten.

Mittlerweile gibt es zahlreiche Angebote im Bereich der Jugendhilfe, Jugendgerichtshilfe, Bewährungshilfe, Straffälligenhilfe und auch im Strafvollzug. Evaluationen stehen hier meist noch aus und sind in der Regel aufgrund der geringen Fallzahlen und des Aufwands solcher Maßnahmen nicht leicht zu bewerkstelligen. Betroffene oder Interessierte sollten sich persönlich von Professionellen einen Eindruck verschaffen und sich deren Einschätzung von ihren Maßnahmen und Trainings und ggf. auch von weiterführenden oder anders gelagerten Angeboten geben lassen ²⁸.

8.2 Programme zur Suchtbehandlung/-prävention

Ein erheblicher Teil aller Straftaten wird unter Alkohol- oder Rauschmitteleinfluss begangen; für die Gewaltdelinquenz trifft dies ganz besonders zu. Rauschmittelkonsum bzw. -missbrauch ist einer der stärksten Begleitfaktoren bei der Begehung von Gewalthandlungen. Insofern lässt dessen Beeinflussung eine relativ starke präventive Wirkung erwarten. Wie andere Verhaltensauffälligkeiten im Jugendalter kann auch übermäßiges Trinken ein Ausdruck von entwicklungsbedingten Normübertretungen sein. Verbindet es sich jedoch mit der Begehung von Straftaten oder wird es instrumentell zur vorbereitenden Enthemmung (z. B. zur Gewaltanwendung) eingesetzt, ist professionelle Hilfe angebracht. Dabei ist u. a. zu klären, inwieweit ein Krankheitswert vorliegt oder aber ein Symptom im Rahmen allgemeinerer Entwicklungsprobleme. Suchtberatungsstellen verfügen in der Regel über speziell ausgebildetes Personal, um zwischen verschiedenen Arten und Stufen des Konsums und des Missbrauchs unterscheiden zu können. Sie sind auch in der Lage, die Zweckmäßigkeit von Beratung oder eine spezielle Behandlungsbedürftigkeit einzuschätzen. Suchtberatung und Suchtbehandlung sind medizinisch, therapeutisch und sozialarbeiterisch so weit spezialisiert, dass hier keine beispielhaften Hinweise auf spezielle Programme gegeben werden können ²⁹.

²⁸ Siehe z. B.: Rupert Morath, Wolfgang Reck (2002): Intensivtraining für Gewalttäter in Kooperation zwischen Kommune und Justiz. In: *Bewährungshilfe*, 49 (3), S. 313-327; *Training soziale Kompetenzen – Handbuch für ein verhaltensorientiertes Training in Bewährungs- und Straffälligenhilfe* (2005). Hrsg. vom DBH-Fachverband und dem Verein zur Förderung der Bewährungshilfe in Hessen e. V., Berlin/Köln; Weitere Informationen sind den zahlreichen Publikationen der Deutschen Vereinigung für Jugendgerichte und Jugendgerichtshilfen e.V. (DVJJ) zu entnehmen; siehe auch: www.dvjj.de
Eine Vielzahl von Adressen und Beratungsangeboten findet sich in: *Wenn Jugendliche straffällig werden ... Ein Leitfaden für die Praxis* (2005). Hrsg. von der Bundesarbeitsgemeinschaft für Straffälligenhilfe, Bonn

²⁹ Informationen gibt es z. B. bei der Deutschen Hauptstelle für Suchtfragen e. V. in Hamm; siehe auch: www.dhs.de

8.3 Abgestimmte Intervention von Polizei, Staatsanwaltschaft und Jugendhilfe

Ein effizientes und abgestimmtes Vorgehen staatlicher Instanzen gegenüber wiederholt delinquenten Jugendlichen trägt nicht nur zu einer beschleunigten Reaktion bei, sondern wirkt sich zugleich auch positiv auf die Lebenssituation und -umstände des Jugendlichen aus. Daraus ergibt sich u. a. eine Stärkung der erzieherischen ambulanten Sanktionen ³⁰, die vor allem gegenüber der Nichtreaktion oder stationären Sanktionsformen tendenziell bessere Präventionswirkungen erzielen.

Schnelle Reaktion und individuelle Hilfeangebote sind erforderlich.

Beispiel: Initiativprogramm zu jugendlichen Intensivtätern ³¹

Das Programm wird in Baden-Württemberg landesweit auf Ebene der Kreisdienststellen unter Beteiligung von Polizei, Jugendamt, Justiz und ggf. der Ausländerbehörde umgesetzt. Wesentliches Ziel ist es, mit einem individuell ausgerichteten Maßnahmenbündel täterorientierte Prävention bzw. Intervention zu betreiben und weitere Straftaten jugendlicher Intensivtäter zu verhindern. Auf örtlicher Ebene werden regelmäßig Koordinierungsgespräche unter Beteiligung von Polizei, Jugendamt, Justiz und ggf. der Ausländerbehörde durchgeführt, um alle Vorbeugungs- und Interventionsmöglichkeiten der betroffenen Stellen auszuschöpfen und zu koordinieren. So können gezielte, auf den einzelnen Jugendlichen zugeschnittene Maßnahmen der Prävention und Repression – von Angeboten der Jugendarbeit, Hilfen zu Erziehung, Auflagen, Weisungen und Jugendstrafen bis hin zu ausländerrechtlichen Maßnahmen – gemeinsam entwickelt, umgesetzt und hinsichtlich ihrer Effektivität überwacht werden.

Zum 31.12.2006 wurden landesweit insgesamt 532 Intensivtäter im Initiativprogramm „Jugendliche Intensivtäter“ betreut. Nahezu ein Drittel der im Jahr 2006 aus dem Programm entlassenen Intensivtäter ließ eine deutliche Verhaltensänderung erkennen bzw. war über einen längeren Zeitraum nicht mehr auffällig geworden.

³⁰ Nicole Kügler, Wolfgang Feuerhelm (2003): Das Modellprojekt ‚Haus des Jugendrechts‘ in Stuttgart-Bad Cannstatt. In: Deutsches Jugendinstitut, Arbeitsstelle Kinder- und Jugendkriminalitätsprävention: Evaluierte Kinder- und Jugendkriminalitätsprävention. Erfahrungen und Ergebnisse aus fünf Modellprojekten. München. S. 133-166

³¹ Weitere Informationen sind auf Anfrage erhältlich unter: praevention@lka.bwl.de

Teil 3: Weiterführende Informationen

1. Kontakte zu Informations-, Beratungs- und Hilfeangeboten

Bundesverband für Erziehungshilfe e.V.:
www.afet-ev.de

Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe - AGJ:
www.agj.de

Bundesarbeitsgemeinschaft Streetwork / Mobile Jugendarbeit e.V.:
www.bundesarbeitsgemeinschaft-streetwork-mobile-jugendarbeit.de

Bundesarbeitsgemeinschaft Evangelische Jugendsozialarbeit e.V. (BAG EJSA):
www.bagejsa.de

Bundesarbeitsgemeinschaft Katholische Jugendsozialarbeit e.V. (BAG KJS):
www.jugendsozialarbeit.de

Beratungsstellenverzeichnis der Bundeskonferenz für Erziehungsberatung e.V.:
www.bke.de

Deutsche Hauptstelle für Suchtfragen e.V.:
www.dhs.de

Deutsches Jugendinstitut e.V.:
www.dji.de

Polizeiliche Kriminalprävention der Länder und des Bundes:
www.polizei-beratung.de

Deutsche Bewährungshilfe:
www.dbh-online.de

Bundesarbeitsgemeinschaft für Straffälligenhilfe:
www.bag-straffaelligenhilfe.de

Kinder- und Jugendtelefon:
0800 111 0 333 (kostenfrei)

Elterntelefon:
0800 111 0 550 (kostenfrei)

2. Informationen zur Schülerbefragung des KFN

Weitere Informationen zu der Untersuchung und zu Befunden einzelner Erhebungsgebiete können über die Internetseite des Kriminologischen Forschungsinstituts Niedersachsen unter der Adresse www.kfn.de (Projekte: Schülerbefragung 2005) heruntergeladen werden.

Literatur:

Dirk Baier, Christian Pfeiffer, Michael Windzio (2006): Jugendliche mit Migrationshintergrund als Opfer und Täter. In: Wilhelm Heitmeyer, Monika Schrötle (Hrsg.): Gewalt. Beschreibungen, Analysen, Prävention. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung. S. 240-268

Dirk Baier, Christian Pfeiffer (2007): Gewalttätigkeit bei deutschen und nichtdeutschen Jugendlichen – Befunde der Schülerbefragung 2005 und Folgerungen für die Prävention. KFN: Forschungsberichte Nr. 100

Dirk Baier, Christian Pfeiffer (2007): Hauptschulen und Gewalt. Aus Politik und Zeitgeschichte, 28, S. 17-26

Dirk Baier, Michael Windzio (2006): Gewalt unter Kindern im Kontext der Grundschule. Praxis der Rechtspsychologie, 16 (1/2), S. 53-81

Dirk Baier, Susann Rabold, Lisa Lüdders, Christian Pfeiffer, Michael Windzio (2006): Schülerbefragung 2005. Gewalterfahrungen, Schulschwänzen und Medienkonsum von Kindern und Jugendlichen. KFN: Materialien für die Praxis, Nr. 3

Thomas Möble, Matthias Kleimann, Florian Rehbein, Christian Pfeiffer (2006): Mediennutzung, Schulerfolg, Jugendgewalt und die Krise der Jungen. Zeitschrift für Jugendkriminalrecht und Jugendhilfe, 17, S. 295-309

Thomas Möble, Matthias Kleimann, Florian Rehbein (2007): Bildschirmmedien im Alltag von Kindern und Jugendlichen. Baden-Baden: Nomos.

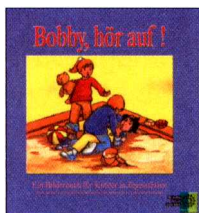
Peter Wetzels, Dirk Enzmann, Eberhard Mecklenburg, Christian Pfeiffer (2001): Jugend und Gewalt. Eine repräsentative Dunkelfeldanalyse in München und acht anderen deutschen Städten. Baden-Baden: Nomos

Nicola Wilmers, Dirk Enzmann, Dagmar Schaefer, Karin Herbers, Werner Greve, Peter Wetzels (2002): Jugendliche in Deutschland zur Jahrtausendwende: Gefährlich oder gefährdet? Baden-Baden: Nomos

3. Das Medienangebot des Programms Polizeiliche Kriminalprävention der Länder und des Bundes zur Gewaltprävention

Broschüren und Faltblätter sind kostenlos bei jeder Polizeidienststelle erhältlich. Die Kinderbücher sowie das PC-Spiel „Luka und das geheimnisvolle Silberpferd“ können im Internet unter www.polizei-shop.net für jeweils 2.– Euro (zzgl. Versandkosten) bestellt werden. Alle anderen Medien können Sie kostenlos beim jeweiligen Landeskriminalamt anfordern.

Die Bestelladressen sind auf der Rückseite dieser Broschüre aufgeführt.



Kinderbuch „Bobby, hör auf!“

In altersgerechter Sprache und Darstellung hilft der Band Kindern im Vorschulalter, Ursachen und Folgen aggressiven Verhaltens zu verstehen und im Rollenspiel frühzeitig aggressionsfreie Formen der Konfliktbewältigung einzüben (36 S.).



Kinderbuch „Irina gehört dazu!“

Andere Kulturen und Religionen können auch eine Bereicherung sein! Mit dieser Botschaft wendet sich das Arbeitsbuch an Kinder in Tagesstätten und den ersten beiden Klassenstufen der Grundschule (32 S.).



Handreichung „Herausforderung Gewalt“

Anleitung von Pädagogen für Pädagogen zum Umgang mit Aggressionen im Schulalltag (96 S.).



Themenbroschüre „So schützen Sie Ihr Kind“

Thematisiert werden die Lebensbereiche, in denen Kinder und Jugendliche – als Täter oder Opfer – mit Kriminalität konfrontiert werden können (56 S.).



Themenbroschüre „Çocuğunuzu bu şekilde koruyabilirsiniz“

Die Broschüre liegt auch in türkischer Sprache vor.



Themenbroschüre „Так вы сможете защитить своего ребёнка“

Die Broschüre liegt auch in russischer Sprache vor.



Themenbroschüre „So schützen Sie Ihr Kind vor Gewalt“

Dieser Band informiert fachkundig und gibt wichtige Tipps zur Vorbeugung (44 S.).



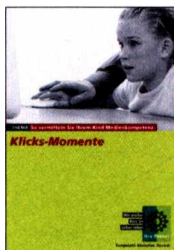
Themenfaltblatt „So schützen Sie Ihr Kind vor Gewalt“

Das Faltblatt „Wege aus der Gewalt“ fasst die Informationen der Themenbroschüre in komprimierter Form zusammen (10 S.).



Themenfaltblatt „Şiddetli Kurtulma Yolları“

Das Faltblatt liegt auch in türkischer Sprache vor.



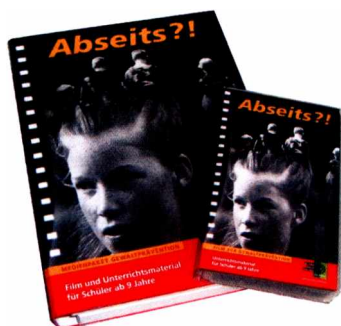
Themenbroschüre „So vermitteln Sie Ihrem Kind Medienkompetenz“
 Dieser Band gibt wertvolle Tipps, wie Kindern und Jugendlichen der richtige Umgang mit verschiedenen Medien vermittelt werden kann (44 S.).



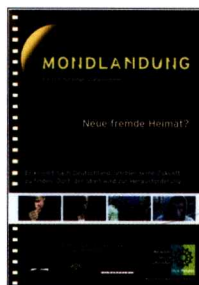
Faltblatt und Scheckkarte „Aktion-Tu-Was“
 Zivilcourage kompakt, auf 10 Farbseiten bzw. fürs Portemonnaie: 6 Tipps, mit denen jeder als Zeuge und Helfer seinen Beitrag zu mehr Sicherheit leisten kann.



PC-Spiel „Luka und das geheimnisvolle Silberpferd“
 Durch das PC-Spiel für Mädchen und Jungen von 8 bis 12 Jahren soll spielerisch erlernt werden, Konflikte auf gewaltfreie Weise zu lösen.



Medienpaket „Abseits?!“
 Das Paket zur Gewaltprävention für Schülerinnen und Schüler ab 9 Jahren umfasst: VHS-Videokassette mit dem Film „Abseits?!“, der in fünf Kurzepisoden aus dem Schulalltag verschiedene Formen der Gewalt thematisiert. 24-seitiges Filmbegleitheft für Lehrerinnen und Lehrer sowie Informationen an Eltern in deutscher, türkischer und russischer Sprache.



Medienpaket „Mondlandung“
 Der Film „Mondlandung“ wendet sich gezielt an junge Spätaussiedler. Er handelt von zwei Brüdern, die mit ihren Familien nach Deutschland kommen. Erzählt wird die Geschichte von Dimi, der Probleme hat, in der neuen Heimat Fuß zu fassen und auf die schiefe Bahn gerät. Das Medienpaket beinhaltet ein 32-seitiges Begleitheft sowie didaktische Hinweise für die Arbeit mit Jugendlichen. (Spieldauer: 83 Minuten)

Impressum

Herausgeber
 Zentrale Geschäftsstelle
 Polizeiliche Kriminalprävention
 der Länder und des Bundes
 Taubenheimstraße 85
 70372 Stuttgart

Gestaltung
 Karius & Partner GmbH, Leonberg

Redaktion
 Volkhard Schindler, Polizeiliche Kriminalprävention der Länder und des Bundes
 Dirk Baier, Kriminologisches Forschungsinstitut Niedersachsen